

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsführer:
J. M. ...
Telefon: ...



Redaktion für Druck und Verbreitung:
Berlin O 2 61, Zehn-Sonnen-Platz 5
Telefon: ...

Die Zeitung ist im ...

Der Inhalt ist nur auf Grund ...

Berlin, den 11. September 1933.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Adolfo Schmußolini.

SPD. Nun sind Hitlers Pläne endlich und unwiderleglich enthüllt; über die ausführliche amtliche Darstellung hinaus, die am Sonnabend nach dem Empfang des nationalsozialistischen Führers durch den Reichspräsidenten herausgegeben wurde, sind noch von Regierungsseite einige Ergänzungen bekanntgegeben worden. Diese Einzelheiten gipfeln in der Mitteilung, dass Hitler vom Reichspräsidenten - zwar wörtlich - "die gleiche Stellung für sich verlangt hat wie Mussolini nach dem Marsch auf Rom."

Man weiss nicht, worüber man mehr staunen soll: über den Grössenwahn, der aus diesem Verlangen spricht, oder über die Dreistigkeit, mit der der Regierungsrat aus Braunschweig, der selber bereits den Eid auf die Reichsverfassung abgelegt hat, an das Staatsoberhaupt das Ansinnen richten konnte, die Verfassung ihm und seiner Partei zuliebe zu brechen.

Denn daran kann nunmehr kein Zweifel bestehen. Was Hitler von Hindenburg verlangte, wird erst in seiner ganzen politischen und rechtlichen Tragweite verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Stellung der Führer der italienischen Faschisten nach seinem geglückten Marsch auf Rom in der zweiten Septemberhälfte von 1922 mit Zustimmung des Königs von Italien bekleiden durfte. Auch Mussolini vertrat damals nur eine Minderheit des italienischen Volkes. Aber er genoss, genau so wie Hitler in Deutschland, die mehr oder minder stillschweigende Zustimmung eines grossen Teiles des reaktionären Bürgertums. Der König liess sich darauf ein, ihm unter dem Druck seiner schwarzbehelmten Banden die Ministerpräsidentschaft zu übertragen und ihm weitgehende Vollmachten nicht nur für die Regierungsbildung selbst, sondern auch für die Ausschreibung von Neuwahlen zuzuteilen. Auch im neugewählten Parlament konnte Mussolini trotz behördlichen Wahlterrors eine faschistische Mehrheit bei weitem nicht erreichen. Aber die bürgerlichen Gruppen wagten grösstenteils nicht, gegen ihn offen Stellung zu nehmen, weil er, immer noch mit Duldung des Königs, damit drohen konnte, auch das neue Parlament im Falle eines Misstrauensvotums davonzujagen, ohne nochmals an das Volk zu appellieren.

So ungefähr wollte also Hitler in Deutschland regieren. Er wäre vor dem Reichstag getreten und hätte seinen Willen mit der Drohung durchgesetzt: wenn man mich stürzt, dann wird der Reichstag einfach nach Hause geschickt - Neuwahlen gibt es nicht! Er meinte, dass diese Drohung genügen würde, um sich das Zentrum gefügig zu machen und damit hätte er zunächst eine zeitlang regiert. Aber allein in dieser Drohung hätte eine flagrante Verfassungsverletzung gelegen. Sicher wäre es nicht bei diesem Bruch der Verfassung geblieben.

Die ihm fehlende Mehrheit hätte er sich noch auf andere, ebenso gesetzwidrige Art verschafft. Man entsinnt sich, dass noch vor kurzem in der nationalsozialistischen Presse die Forderung erhoben wurde, dass den kommunistischen Abgeordneten mit Gewalt das Betreten des Reichstagsgebäudes verwehrt werde. Eine weitere Forderung ging dahin, die Kommunistische Partei überhaupt für ungesetzlich zu erklären, so wie es nicht nur Mussolini sondern auch Pilsudski getan hat. Auf

diesem Wege der gewaltsamen Entrechtung seiner Gegner hätte es für Hitler, wenn man ihm erst die "ganze Staatsmacht" ausgeliefert hätte, kein Halten mehr gegeben. Nach den Kommunisten wären sehr bald wohl auch die übrigen "Marxisten", also die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, der Zerstörungswut eines rasenden Diktators zum Opfer gefallen. Danach hätte auch noch das Zentrum das Schicksal der italienischen katholischen Volkspartei (Popolari) teilen müssen. Was aus den in der Weimarer Verfassung festgelegten Grundrechten des deutschen Volkes, vor allem der Arbeiterschaft, was besonders aus der Koalitionsfreiheit, aus der Redefreiheit, aus der Pressefreiheit geworden wäre, braucht man sich garnicht einmal in seiner Phantasie auszumalen - Hitler selber hat auf das ihm vorschwebende Beispiel des faschistischen Italien hingewiesen!

König Victor Emanuel III. hat vor bald zehn Jahren dem Mussolini den kleinen Finger gereicht in dem Glauben, dass das wohl nur eine Episode sein würde und dass über kurz oder lang die verfassungsmässigen Zustände wiederhergestellt werden können. Aber diese Episode dauert nun schon zehn Jahre und dem ersten Schritt abseits vom Wege der Verfassung sind inzwischen so viele andere gefolgt, dass praktisch nichts mehr von alledem übrig bleibt, was der König bei seiner Thronbestätigung zu achten und zu schützen geschworen hatte. Er selbst ist zur Marionette Mussolinis geworden und ist sich dieser klüglichen Rolle durchaus bewusst. Eine zeitlang hoffte er noch, gestützt auf die Armee, die zunächst keineswegs von dem faschistischen Regime begeistert war, den "Duce" evtl. mit Gewalt loszuwerden. Aber er hatte nicht den Mut vorzugehen, solange es noch Zeit war, und inzwischen wurde auch die Armee planmässig so "gesäubert" und faschisiert, dass es für eine solche Auflehnung des Monarchen gegen den wirklichen Herrscher zu spät wurde.

In die gleiche demütigende Rolle sollte auch Reichspräsident von Hindenburg gedrängt werden. Hätte er erst Adolf Hitler zum Reichskanzler mit den geforderten Vollmachten ernannt, dann würde er alsbald vor der Alternative gestanden haben, entweder offene Verfassungsbrüche mit seinem Namen zu decken oder zurückzutreten. Wahrscheinlich hätte der greise Feldmarschall den letzteren Weg zur Rettung seiner eigenen Ehre gewählt, aber damit wäre dem deutschen Volke erst recht nicht geholfen worden - die Bahn für eine hundertprozentige Diktatur Hitlers und seiner SA-Banden wäre erst recht offen gewesen.

Bei alledem darf man freilich nicht übersehen, dass die deutsche Arbeiterklasse trotz ihrer gegenwärtigen Schwächung durch Krise und Spaltung mit der italienischen nicht gleichzustellen ist, und dass eine Mussolini-Herrschaft in Deutschland nicht nur zum allgemeinen Bürgerkrieg, sondern auch zum Zerfall des Reiches rettungslos geführt haben würde. Denn es ist ausgeschlossen, dass sich die Bevölkerung Süddeutschlands und des Rheinlands - um nur diese beiden wichtigen Gebiete zu nennen, in denen die Nazis nur über eine kleine Minderheit der Wählerschaft verfügen - ohne weiteres mit der Alleinherrschaft Hitlers abgefunden hätte. Schon diese Erwägung, abgesehen von der Zumutung einer Eidesverletzung, dürfte Hindenburg und seine Berater von der Unmöglichkeit überzeugt haben, Hitlers Forderung zu erfüllen.

Immer deutlicher zeigt sich, dass Hitler jedes Augenmass für die realpolitischen Möglichkeiten für seine persönlichen Fähigkeiten verloren hat. Auch die schärfsten Gegner Mussolinis erkennen an, dass er ein Kerl ist, der schon vor seinem Machtantritt in einer langen politischen und journalistischen Laufbahn etwas geleistet und gelernt hatte. Adolf Hitler ist bisher den Beweis dafür schuldig geblieben, dass er etwas anderes kann als im Trancezustand immer die gleichen pathetischen Reden zu halten, hinter denen nicht ein vernünftiger und brauchbarer Gedanke steckt. Dass er damit in einer Zeit wirtschaftlicher und geistiger Verheerungen nahezu 14 Millionen Wählerstimmen einfangen konnte, beweist nicht das geringste für seine geistigen oder gar staatsmännischen Fähigkeiten, sondern es zeigt nur den Grad politischen Krankheitszustandes des deutschen Volkes auf. Hitlers selbstgefällige Schwätzerereien haben ihm bei seinen Gläubigen den Ruf eines neuen Heilands eingebracht, bei seinen kritischen Gegnern aber den Spitznamen "Schmussolini". Das italienische Volk ist unter zehnjähriger Herrschaft Mussolinis wirtschaftlich und geistig auf den Hund gekommen. Das deutsche Volk ist zu schade, um als Versuchskanarikei eines Schmussolinis zugrunde zu gehen.

SPD. Breslau, 15. Aug. (Fig. Drahtb.)

Das Sondergericht in Brieg begann am Montag morgen um 9 Uhr die Verhandlung wegen der blutigen Zusammenstöße zwischen Angehörigen der Eisernen Front, Kommunisten und Nationalsozialisten am 10. Juli in Ohlau. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Herzog. Die Anklage liegt in den Händen des Staatsanwaltschaftsrats Haude; die Verteidigung wird von den Rechtsanwälten Förder-Breslau, Dr. Bach-Breslau und Dr. Braun-Magdeburg wahrgenommen. Ausserdem nahmen an der Verhandlung Oberlandesgerichtspräsident Witte und Generalstaatsanwalt Kimke teil. Die Anklageschrift, die 33 Schreibmaschinenseiten umfasst, legt den 45 Angeklagten, von denen sich 40 in Haft befinden, darunter zwei Frauen, Teilnahme am Landfriedensbruch zur Last. Sieben von ihnen sind wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todeserfolg, zwei wegen unbefugten Waffenbesitzes angeklagt. Es sind 90 Zeugen und 3 Sachverständige geladen.

Zu Beginn der Verhandlung zweifelte Rechtsanwalt Förder die Zuständigkeit d. Gerichts mit dem Hinweis darauf an, es sei noch nicht vorgekommen, dass Angeklagten drei Tage vor Eröffnung der Hauptverhandlung mitgeteilt wurde, nicht das ursprünglich angegebene Gericht, die Strafkammer, sondern ein anderes Gericht sei für sie zuständig. Ruhe und Ordnung würden durch eine Verhandlung vor dem ordentlichen Gericht nicht gefährdet. Auch sollte man gerade in diesem Prozess Leienrichter hören. Da die Taten zu einer Zeit geschehen sind, in der kein Sondergericht bestand, bittet Rechtsanwalt Förder das Gericht, nachzuprüfen, ob es sich für zuständig hält.

Zu Beginn der Verhandlung wurden der Reichsbannerführer Dorniuk, Landarbeitersekretär Strulik und Kreisleiter des Reichsbanners Blech vernommen. Aus den Aussagen der Angeklagten ergibt sich folgendes Bild: Die Reichsbannerleute waren etwa 180 Mann stark gegen 20 Uhr im Lastkraftwagen und auf Rädern über den Ohlauer Ring von ihrem Treffen in Laskowitz zurückgekehrt. Bekanntlich war der Festplatz, auf dem sie versammelt waren, von nationalsozialistischer Seite durch Stinköl verpestet worden. Die zurückgekehrten Reichsbannerleute blieben in ihrem Verkehrslokal "Zum Walfisch", das etwa 300 Meter vor der Stadt liegt, noch zusammen. Kurze Zeit nachdem sie den Ring passiert hatten, traf dort ein aus Brieg kommendes Motorrad mit zwei SA-Leuten ein. Es hielt vor dem Haus Markt 18, der Sozia sprang von seinem Sitz, eilte auf einen Arbeitersportler in einer Gruppe Kameraden zu, riss ihm die drei Pfeile ab und schlug ihn mit der Faust ins Gesicht. Kurz hinter dem Motorradfahrer kamen, gleichfalls aus der Richtung Brieg, ein mit etwa 50 Nazis besetzter Lastkraftwagen. Auf einen Pfiff des Führers sprang die Mannschaft ab und stürzte sich ohne jeden Anlass auf die vor der Tür stehenden oder spazieren gehenden Bewohner. Diese wurden unter lautem Rufen und Gestikulieren, unter Schlägen und Puffen in die Häuser getrieben. Als die im "Walfisch" versammelten Reichsbannerleute von diesem Vorgang Kenntnis erhielten, eilte ein Teil von ihnen nach der Stadt. Unterwegs trafen sie einen Traktor mit Anhängewagen. Die Besatzung, vier Mann, wurde von ihnen niedergeschlagen. In der August Feigestrasse, einer kurzen Verbindungsstrasse zwischen Schlossplatz und Ring, kam es zu Zusammenstößen mit etwa 40 bis 50 Nationalsozialisten. Die Schlägerei wurde durch das Dazwischentreten von Polizeibeamten beendet und die Reichsbannerleute kehrten nunmehr in ihr Verkehrslokal vor der Stadt zurück. Bald darauf fuhr der Krankenwagen an dem Lokal vorbei. Er transportierte die beiden von den Nationalsozialisten angeschossenen Frauen aus der Oderstrasse 27 in das Krankenhaus. In das Haus Oderstrasse 27 waren aus dem Zuge der laut johlenden und schreienden Nationalsozialisten plötzlich mehrere SA-Leute ohne ersichtlichen Grund gestürzt und hatten wie verrückt um sich geschossen. Dabei gingen fünf Schüsse durch die Wohnungstür des Arbeiters Karkus und verletzten Frau Karkus und eine bei ihr zu Besuch weilende Bekannte fünfmal. Die Nachricht von diesen Bluttaten erregte die Reichsbannerleute im "Walfisch" auf das ungeheuerlichste. Ohne die Befehle ihres Führers - so lautet die Aussage des Reichsbannerführers Dorniuk abzuwarten, stürmten sie nach der Stadt, wo es dann zu den blutigen Zusammenstößen kam.

Der Reichsbannermann Karl Lampert sagt aus, er hätte zusammen mit dem Reichsbannerführer Dorniuk dabei geholfen, an dem Transportwagen der Nationalsozialisten die hinteren Klappen zu schließen, sodass sie davonfahren konnten. Der

Angeklagte Haselbach bekundete: Wir wollten aus Ohlau heraus, aber die Stadt war von Nazia besetzt. Einige Leute, die vorher hinausgefahren waren, sind angefallen worden. In welcher Weise die Voruntersuchung geführt worden ist, zeigt folgender Fall: Ein Reichsbannermann wurde in Haft genommen, weil er mit einer Zahnlatte bewaffnet gesehen worden sein soll. In Wahrheit hatte er aber in dem 15 Kilometer von Ohlau entfernten Quallwitz zur selben Zeit getanzt!

SPD. Königsberg, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Bei Jnsterburg kam es am Sonnabend, wie erst jetzt bekannt wird, zu einer furchtbaren Bluttat, bei der zwei Arbeiter von einem nationalsozialistischen Besitzer ermordet wurden. Der Vorfall hat sich folgendermassen abgespielt: Der nationalsozialistische Besitzer Hinz aus Tammowischken sass im Gasthaus Jableau mit mehreren Drainagearbeitern zusammen und geriet mit ihnen in Streit. Er fuhr darauf nach Hause, holte eine Pistole und lauerte den Arbeitern auf, die auf der Chaussee in Richtung Jnsterburg nach Hause gingen. Er gab auf die Arbeiter etwa 10 bis 12 Schüsse ab. Der Arbeiter Gross aus Jnsterburg erhielt einen Brustschuss und war sofort tot. Der Arbeiter Werner aus Bergental erhielt fünf Schüsse in den Kopf, den Hals und die Hüfte und starb ebenfalls auf der Stelle. Ein dritter Arbeiter konnte mit Mühe und Not den Schüssen entgehen. Hinz flüchtete auf seine Besitzung und wurde dort von der Polizei gestellt. Es kam zwischen ihm und der Polizei auch noch zu einem Kugelwechsel. Schliesslich konnte er in einer Roggenfeld festgenommen werden.

In den späten Abendstunden des Sonnabend rotteten sich in Bialla Kreis Johannsburg nach dem Bekanntwerden der gescheiterten Verhandlungen zwischen Hitler und der Papen-Regierung zahlreiche Nationalsozialisten auf den Strassen zusammen. Von ihnen wurde gegen die Wohnung des jüdischen Kaufmanns Lampe eine Bombe geworfen, die jedoch vorzeitig explodierte. Der Landrat von Johannsburg entsandte zur näheren Feststellung Landjägerbeamte.

SPD. Köln, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Aus Standartenbefehlen der NSDAP im Gau Köln-Aachen, von denen die "Rheinische Zeitung" Kenntnis erhalten hat, geht hervor, dass die oberste SA-Führung im Hinblick auf die Terrorakte in Ostpreussen und Schlesien einen Erlass herausgegeben hat, worin alle SA- und SS-Männer aufgefordert werden, die Nerven zu behalten und an dem legalen Kurs der Partei festzuhalten. Wie zweideutig aber dennoch die Haltung der Nationalsozialisten bleibt und wie sie die SA und die SS mit der Aussicht auf spätere gewaltsame Auseinandersetzungen in Spannung halten, beweist folgender Satz in einem Kölner Standartenbefehl vom 10. August 1932, der über die Anordnungen der führenden SA-Leitung sagt: "In dem Erlass wird jedes selbständige Handeln einzelner Männer oder Verbände untersagt. Es kommt nur ein geschlossener Einsatz der Gesamt-SA und -SS zu einem späteren Zeitpunkt in Frage. Das Gebot der Stunde ist, die Verhandlungen der Reichsleitung zwecks Regierungsübernahme nicht durch sinnlose Terroraktionen zu stören."

Sehr bedenklich ist, dass in den Kölner Standartenbefehlen ein Zusammenhang zwischen SA und Polizei behauptet wird durch folgenden Satz: "Die Zusammenarbeit zwischen SA und Polizei ist auch auf die Grenzpolizei auszudehnen." In einem Befehl vom 9. August 1932 wird der Nazipresse zur Pflicht gemacht: "Gegen den derzeitigen Reichswehrminister General von Schleicher sind keinerlei Angriffe zu richten." Ueber die erste Sitzung des neuen Reichstages wird in einem Standartenbefehl gesagt: "An der Eröffnungssitzung haben alle NS-Abgeordnete möglichst im Braunhemd pp. teilzunehmen. Es ist anzunehmen, dass eine Aktion geplant ist, wenn die KPD den Alterspräsidenten stellt oder sonstige Beleidigungen für die NSDAP zugelassen werden." Schliesslich wird in dem Standartenbefehl noch angekündigt, dass sich die Nationalsozialisten besonders des Ausbaues ihrer Organisation

in den Grenzgebieten annehmen sollen. In einigen Monaten müssten 75 Prozent der westdeutschen Grenzbevölkerung nationalsozialistisch sein.

SPD. Gegen die politische Verhetzung durch Verbreitung falscher Behauptungen hat der Staatskommissarius für Preussen Dr. Bracht vor kurzem eine geharnischte Erklärung losgelassen. Er kündigte "schärfstes Eingreifen in die Freiheit der Presse" an für den Fall, dass seiner Mahnung zur Mäßigung im Verleumden nicht Folge geleistet würde. Diejenigen, die es anging, haben auf die Meinung des Herrn Bracht gepfiffen. Die Nazi-Blätter denken garnicht daran, ihr Gewerbe einzustellen. Jetzt haben nun die sozialdemokratischen Abgeordneten Crispien und Dittmann den stellvertretenden Reichskommissar durch einen "Offenen Brief" an seine Ankündigung erinnert, indem sie Herrn Dr. Bracht schrieben:

"Sehr geehrter Herr Reichskommissar!

Sie haben kürzlich scharfe Massnahmen gegen die Presse angedroht, wenn sie durch falsche Nachrichten politische Verhetzung betreibe.

In Nr. 33 des "Fridericus", 2. August-Ausgabe 1932, wird in einem Karl Felas gezeichneten Artikel "Crispien und Dittmann in Frankreich" behauptet, dass wir während des Krieges mit französischen und amerikanischen Spionagebüros in Verbindung gestanden hätten. Insbesondere wird behauptet, wir seien 1917 im amerikanischen Spionagebüro in Chaumont in Französisch-Lothringen gewesen.

Diese Behauptungen sind unwahr. Wir waren niemals in Chaumont und haben niemals mit französischen oder amerikanischen Spionagebüros irgendwelche Verbindungen unterhalten. Crispien stand zu der angegebenen Zeit als Gefechtsläufer und Kompagniezeichner an der Front in den Argonnen und Dittmann hat überhaupt erst 1925, anlässlich des Internationalen Sozialistenkongresses in Marseille, zum erstenmal französischen Boden betreten, also 7 Jahre nach Kriegsende.

Auch Scheidemann, Landsberg, Wissell und andere sozialdemokratische Politiker werden in dem Artikel in demselben difamierenden Sinne genannt, ein Beweis, dass bewusst politische Verhetzung gegen die Sozialdemokratie getrieben werden soll. Wenn ein gerichtliches Urteil nach Jahren die Verleumdung feststellt, ist damit für die Gegenwart kein Schutz gewährt und der Verhetzung nicht gesteuert, wie Reichskanzler Dr. Marx schon von Jahren im Reichstag feststellte. Hier liegt aber nicht nur Verleumdung und politische Verhetzung durch falsche Nachrichten vor, sondern zugleich eine "legal" getarnte Mordhetze, denn der Artikel bezeichnet uns und die übrigen genannten Sozialdemokraten immerfort als "Kandidaten für ein Hochgericht".

Als deutsche Staatsbürger und Volksvertreter erwarten wir, Herr Reichskommissar, gemäss Ihrer Ankündigung ein Einschreiten im öffentlichen Interesse.
Berlin, den 15. August 1932.

Artur Crispien. Wilhelm Dittmann."

SPD. Bracht, der stellvertretende Reichskommissar für Preussen, lockert auch die letzten Beschränkungen, die dem Eindringen der SA-Leute in den Polizeikörper gezogen waren. Wegen unflätiger Angriffe auf "das System" war durch Severing im Jahre 1930 den preussischen Polizeibeamten jede Betätigung für den sogenannten "Verband der Schutzpolizeibeamten Preussens" während des Dienstes und in den Polizeiunterkünften verboten worden, ebenso die Verbreitung des Organes dieser kleinen Gruppe "Die preussische Schutzpolizei". Es handelt sich um die in Polizeikreisen unter dem Namen "Jossupeit-Verband" bekannte, unter dem Einfluss des deutschnationalen Abgeordneten Borek stehende Vereinigung, die zwar klein an Zahl, aber als Nazizelle in der Polizei desto unverschämter in ihrer Redeform war. Dr. Bracht hat nun den Verbotserlass Severings aufgehoben, die Betätigung für die genannte Nazizelle ausdrücklich freigegeben, den Behörden auch wieder amtliche Beziehungen zu dem Verband verordnet und sich nur darauf

beschränkt, dem Verbandsorgan mit väterlicher Mahnung eine "massvolle und sachliche Sprache" zu empfehlen. Man sieht, dass das Bracht-Kommissariat die Autorität des Staates in aller Form "wiederherstellt".-

SPD. Der Nazi-Präsident des Preussischen Landtags Kerrl hat bisher trotz entsprechenden Antrages der Spzialdemokraten und Verlangens der Kommunisten noch keinen Termin für die nächste Plenarsitzung anberaumt. Darauf hat die Sozialdemokratische Fraktion folgendes Telegramm an den Staatsgerichtshof nach Leipzig gesandt:

"In der verfassungsrechtlichen Streitsache der Sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags, Antragstellerin, gegen den Präsidenten des Preussischen Landtags, Antragsgegner, wegen Einberufung des Preussischen Landtags beantragen wir Erlaß einstweiliger Verfügung, wonach Landtagspräsident verfassungsmässig verpflichtet ist, dem am 3.8.32 gestellten und durch Beschluss des Ältestenrats vom 3.8.32 sanktionierten Verlangen eines Fünftels der Landtagsmitglieder der Landtag einzuberufen. Gründe: Sitzung Ältestenrat 3. August anerkannte Berechtigung eines Fünftels der Landtagsmitglieder (Art. 17, 3. Preuss-Verfassung), Einberufung Landtagsitzung zu fordern. Sitzungstermin wurde durch Beschluss Ältestenrat auf 16. und 17. August festgelegt. Landtagspräsident weigert sich, Ältestenratsbeschluss durchzuführen; lehnt Einberufung nicht nur für 16. und 17. August sondern auch für folgende Tage ab. Erblickem im Verhalten Landtagspräsidenten groben Verstoß gegen Preussische Staatsverfassung Art. 17 Abs. 3."

SPD. Koblenz, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die beiden kommunistischen Zeitungen "Freiheit" in Düsseldorf und "Sozialistische Republik" in Köln ab 16. August auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

SPD. Der Reichswahlausschuss, der am Montag eine öffentliche Sitzung zur endgültigen Feststellung des Ergebnisses der Reichstagswahlen abhielt, hat errechnet, dass der neue Reichstag im ganzen 608 Mitglieder zählen wird. Als Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass 42 Abgeordnete in Wahlkreisverbänden und 66 Abgeordnete auf den Reichslisten gewählt worden sind. Als Gesamtzahl der Mandate ergab sich einschl. der Kreissitze 608. Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Reichstagswahlen ist also die Mandatsziffer um einen Abgeordnetensitz gestiegen, der dem Reichswahlvorschlag der Bayerischen Volkspartei zufällt. Nach der zwischen der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei getroffenen Abmachung dürfte dieses Mandat dem Abgeordneten Mollath (WP) zuerkannt werden, sodass die Wirtschaftspartei nunmehr über zwei Reichstagsmandate verfügt. Die Stärke der einzelnen Parteien stellt sich jetzt folgendermassen: Sozialdemokratische Partei 133, Nationalsozialistische Partei 230, Kommunisten 89, Zentrum 75, Deutschnationale 37, Deutsche Volkspartei 7, Landvolk 1, Bayerische Volkspartei 22, Wirtschaftspartei 2, Staatspartei 4, Christlichsozialer Volksdienst 4, Deutsche Bauernpartei 2, Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund) 2.

SPD. Stuttgart, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Wie wir kürzlich mitteilten, hat Adolf Hitler gegen die "Schwäbische Tagwacht" bei einem Stuttgarter Richter eine "einstweilige Verfügung" erwirkt, die dahin geht, dass der "Schwäbischen Tagwacht" untersagt wird, das Wort "Hitler-Notverordnung" auf die Notverordnung der Regierung Papen vom 14. Juli anzuwenden.

Die "Schwäbische Tagwacht" hat gegen diese Verfügung Widerspruch erhoben. Der Termin für die Hauptverhandlung über den Klageantrag Hitlers ist auf den 12. Oktober angesetzt worden, an dem zugleich auch die Entscheidung über den Widerspruch der "Schwäbischen Tagwacht" gegen die einstweilige Verfügung getroffen werden soll, falls nicht inzwischen neue Tatsachen eintreten, die dem Kläger - das ist in diesem Falle die "Schwäbische Tagwacht" - das Recht geben, auf neue das Gericht anzurufen.

Die "Schwäbische Tagwacht" vertritt jetzt die Auffassung, dass diese neuen Tatsachen gewissermassen über Nacht eingetreten seien. Sie bestünden in dem amtlichen Bericht über den Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten. Dadurch habe der letztere öffentlich zum Ausdruck gebracht, dass Hitler ihm zugesichert habe, nach der Neuwahl des Reichstags die vom Reichspräsidenten berufene "nationale" Regierung zu unterstützen. Diese Zusage war die Voraussetzung für das Inleben-treten der Regierung Papen und der von ihr getroffenen Massnahmen, die, beginnend mit der Aufhebung des Verbots der Hitlerschen Privatarmee und der öffentlichen Aufzüge sowie der Ausschreibung von Reichstagsneuwahlen bis zur Notverordnung vom 14. Juli ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Daher hätten sich die Rechtsvertreter Adolf Hitlers vor dem Stuttgarter Gericht einer zumindest objektiven Unwahrheit schuldig gemacht, als sie abtritten, dass die Nationalsozialistische Partei mit der Notverordnung etwas zu tun hätte. Die einstweilige Verfügung des Stuttgarter Gerichts stelle daher nichts anderes dar als die Begünstigung der Parteilüge des Braunen Hauses. Es sei denn, dass der Richter, der die Verfügung erlassen hat, auch dazu übergehen wollte, auf Antrag Hitlers nunmehr den Reichspräsidenten von Hindenburg der Unwahrhaftigkeit zu zeihen.

SPD. London, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Bei einer Versammlung des 250 000 Arbeiter repräsentierenden Zentralkomitees der englischen Textilgewerkschaften wurde am Montag nachmittag beschlossen, einen Generalstreik der Weber am 27. August zu beginnen, falls nicht die Arbeitgeber vorher ihre bisherigen Forderungen fallen lassen. Es handelt sich nicht nur um die von den Unternehmern beabsichtigte Lohnsenkung, sondern auch um die Wiedereinstellung der schon früher in Burnley in Ausstand getretenen Arbeiter. Der Beschluss, ab 27. August zu streiken, wurde trotz nicht unerheblichen Widerstandes mancher Mitglieder des Zentralkomitees gefasst. Denn man muss damit rechnen, dass die Arbeitsniederlegung in Werken, in denen jetzt schon zu den neuen Löhnen gearbeitet wird, sich nicht wird durchführen lassen. In Burnley, wo vor 14 Tagen der Streik vollständig war, wird jetzt in vielen Werken wieder gearbeitet. Die Erwägung der weitreichenden Folgen, die eine Fortsetzung eines Zustandes ohne einheitlichen Tarifvertrag haben müssten, veranlassten den gefassten Beschluss.

SPD. Darmstadt, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die kommissarische preussische Regierung hat im Hinblick auf den regen Grenzverkehr, der nach der Einführung der Schlachtsteuer in Preussen an der preussisch-hessischen Grenze zum schlachtsteuerfreien Hessen eingesetzt hat, der hessischen Regierung nahegelegt, ebenfalls eine Schlachtsteuer einzuführen. Hierzu wird von hessischer Seite betont, dass dies ohne den Landtag nicht möglich ist. Der hessische Landtag dürfte aber auf keinen Fall geneigt sein, einem solchen Wunsch der hessischen Regierung, falls er tatsächlich vorliegen sollte, zu entsprechen, da die hessische Bevölkerung und auch das hessische Fleischergewerbe eine solche neue steuerliche Belastung durchaus ablehnen würden.

SPD. Dresden, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zu Montag starb einer der bedeutendsten deutschen Aerzte Geh, Medizinalrat Professor Dr. Christian Georg Schmorl in Dresden. Er wirkte seit 1894 dort als Leiter der pathologisch-anatomischen Abteilung und der bakteriologischen Untersuchungsanstalt am Friedrichsstädter Krankenhaus. Schmorl hat viele berühmte Arbeiten über die Erkrankung der Knochen, namentlich der Wirbelsäule, über Rächitis und Basedowsche Krankheit veröffentlicht. Die englische Gesellschaft für Medizin hat ihn noch vor zwei Jahren zum Ehrenmitglied ernannt und ihn damit in eine Reihe von Koch, Ehrlich und Röntgen gestellt.

SPD. Amsterdam, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die heutige niederländische Abendpresse behandelt die Unterredung zwischen Hindenburg und Hitler in längeren Artikeln. Unser Parteiblatt "Het Volk" ist der Auffassung, dass selbst dann die Auflösung des deutschen Dramas nicht so einfach wäre, wenn jetzt etwa Justiz und Heer auf Hitler losgelassen werden sollten. Bis zum letzten Augenblick habe Schleicher die besten Beziehungen zu Hitler unterhalten und die Reichswehr den Faschisten zugänglich gemacht. Wie aber werde es in Deutschland aussehen, wenn es den vereinigten Baronen und Genrälen tatsächlich gelänge, Hitlers Zauber zu brechen, und wenn Millionen seiner Anhänger ihr Heil bei Moskau suchten? Auch der "Telegraaf" hält den Zustand in Deutschland für äusserst gespannt. Schon sei die Position der Regierung von Papen unvergleichbar schwieriger als die des Kabinetts Brüning zu dem Zeitpunkt, in dem dieses gestürzt wurde. Deutschland habe eine gefährliche Bahn beschritten, als ausserparlamentarische Kräfte eingriffen und eine Verantwortlichkeit übernahmen, die sie, wie sich jetzt zeige, nur schwer tragen könnten. Der "Neue Rotterdamsche Courant" sieht in dem Ergebnis des Gesprächs zwischen Hindenburg und Hitler eine Selbstverständlichkeit, da Hindenburg keine Neigung zu irgend einem gewagten Experiment mit den Nationalsozialisten habe und von Papen nicht daran denke, zurückzutreten. Andererseits hätte Hitler ebensowenig in eine Regierung eintreten können, worin seine Grundsätze nicht ausschlaggebend wären. Deswegen gehe das Manövrieren noch weiter und selbst die Hauptspieler des Spiels seien sich noch nicht darüber klar, was eigentlich werden solle.

SPD. Aachen, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum 28. Juli wurde in Eielndorf der SA-Mann Raskin, der einer Klebekolonnie angehörte, bei einem Zusammenstoss politischer Gegner erschossen. Natürlich wurden von den Nazis die Kommunisten der Tat verdächtigt und 13 von ihnen verhaftet. Jetzt sind alle 13 wieder freigelassen worden, weil, wie amtlich mitgeteilt wird, nach dem augenblicklichen Stand der Vernehmungen, als erwiesen angesehen werden kann, dass Raskin von einem SA-Mann aus Eschweiler erschossen worden ist. Dieser SA-Mann folgte der Klebekolonnie zum Schutz und hat in dem ihm unbekanntem Raskin offenbar einen Parteigegner vermutet, der natürlich "erledigt" werden musste. Das ist das untermenschliche Sittengesetz der Nazis. Selbstverständlich haben die rheinischen Nazis mit dem vom eigenen Parteigenossen erschossenen SA-Mann ausgiebige Wahlagitation getrieben.

SPD. Danzig, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Nachdem die Danzig-polnischen Beziehungen unter der Nazi-herrschaft eine Entwicklung angenommen haben, die Danzig wirtschaftlich völlig zum Zusammenbruch zu bringen drohte, ist jetzt ein entscheidender Schritt der Völkerbundsinstanzen erfolgt. Infolge des Eingreifens des Verwaltungsdirektors des Völkerbundssekretariats Helmer Rosting haben sich die Regierungen von Polen und Danzig zu einer Verständigungsaktion entschliessen müssen. In protokollarischen Erklärungen haben die Vertreter beider Regierungen sich verpflichtet, ihren Einfluss dahin aufzubieten, dass jede gegenseitige Boykottpropaganda unterbleibt und alle feindlichen Handlungen oder Kundgebungen gegen die Angehörigen des andern Staates verhindert werden. Die Danziger Regierung hat sich ausserdem zu weitgehenden Erleichterungen für die Benutzung des Danziger Hafens durch polnische Kriegsschiffe verstehen müssen. Sie hat nicht nur auf die Abgabe von Saluten und offiziellen Besuchen beim Anlaufen polnischer Kriegsschiffe verzichtet, sondern auch der Entsendung von polnischen Patrouillen zur Ueberwachung von Landgängern grundsätzlich zugestimmt. Der letzte Punkt war noch im Vorjahre Anlass zu einer entscheidenden Protestaktion des Danziger Senats bei den Völkerbundsinstanzen gewesen und die Entsendung von polnischen Matrosenpatrouillen war auch vom Haager Gerichtshof für unzulässig erklärt worden. Die nationalsozialistisch beeinflusste Regierung hat sich jedoch zu diesem Entgegenkommen als Konzession für die Aufhebung der polnischen Boykottpropaganda auch deswegen entschlossen, weil ihr in Aussicht gestellt wurde, dass nunmehr die Reparaturen an polnischen Kriegsschiffen wieder auf Danziger Werften erfolgen würden. Die weiteren Streitpunkte über die zollmässige Behinderung der Danziger Wareneinfuhr nach Polen und über die Konkurrenz des Gedinger Hafens sind offen geblieben und sollen zunächst auf dem Instanzwege des Völkerbundes weiter verfolgt werden. Immerhin hofft man, dass mit der neuen Verständigungsaktion auch eine Grundlage für die Regelung dieser für Danzig lebenswichtigen Frage geschaffen worden ist. Die damit von der Nazibürgerblockregierung eingeleitete Verständigungsära ist für diese politisch umso bedeutungsvoller, als die Regierung bei ihrem Antritt einen entschiedenen Verzicht auf jede Verständigungspolitik ausgesprochen hatte und dafür die Wahrung der Danziger Interessen durch eine "kraftvolle Aussenpolitik" hat Danzig politisch und wirtschaftlich an den Abgrund gebracht und endet jetzt mit Konzessionen an Polen, die bei einer Linkregierung nie in Frage gekommen wären.

SPD. Paris, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Bei einem Schwimmfest unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten Laval wurde am Montag im Pariser Seine-Hafen ein kleines Krokodil von 50 Centimeter Länge losgelassen. Mehrere hundert Schwimmer standen startbereit, um das Untier sofort wieder zu fangen. Nach zweistündigem Schwimmen und Tauchen aber blieb die Jagd auf das Krokodil vollkommen vergeblich. Es ist nur ein magerer Trost, dass das Untier erst in 20 Jahren soweit erwachsen ist, dass es zum Menschenfresser werden kann.

SPD. Breslau, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der straffen Verhandlungsführung des Landgerichtsdirektors Herzog gelang es, am Montag sämtliche 45 Angeklagte im Ohlauer Landfriedensbruchprozess zu vernehmen. Dabei erwies sich, in wie ungeheuerlicher Weise die gesamte Angelegenheit von der nationalistischen Presse verdreht und schamlos zur Wahlpropaganda ausgeschlachtet worden ist.

Allein die Vernehmung des Angeklagten Manche erweist mit absoluter Deutlichkeit den Geist der "aufbauwilligen Kräfte", die in Ohlau ihr Mordhandwerk betrieben. Manche, den zwei Frauen gebeten hatten, einen Bekannten zu suchen, ging zwischen $\frac{1}{2}$ und $\frac{3}{4}$ 9 Uhr, also zu einer Zeit, in der die ersten Zusammenstöße auf dem Ring längst stattgefunden hatten, in der aber an den blutigen Zusammenstoss, der zwei Tote forderte, noch nicht zu denken war, nach dem Ring, um den Ring herum, dann weiter suchend nach dem Lokal zum Walfisch im Vorort Baumgarten. Als er dort niemand fand, kehrte er über die hölzerne Ohle-Brücke, die sogenannte Postbrücke, nach der Stadt zurück. Ihm kam vom Schlossplatz her ein Trupp Nationalsozialisten entgegen, an deren Spitze der Polizeiwachtmeister Heppner aus Ohlau schritt. Die ersten Gruppen gingen ruhig an Manche vorbei. Da verschoss plötzlich aus den hinteren Reihen der Ruf: "Hier ist ja der rote Lump. Schlagt ihn nieder. Schlagt ihn tot!" "Darauf stürzten sich ganze Gruppen von Nationalsozialisten - so berichtet Manche - auf mich, sodass ich zu Boden fiel. Ich raffte mich aber auf und versuchte zu entfliehen, kam auch auf die Beine, aber wieder wurde ich niedergeschlagen. Plötzlich sah ich vor mir eine grosse Ansammlung von Nationalsozialisten, die versuchten, mich auf den gänzlich finsternen Hof des Arbeitsamts zu drängen. Auf einmal wurde auch auf mich geschossen. In meiner Not zog ich nun auch meinerseits die Schusswaffe, für die ich einen Waffenschein besitze, und schoss seitwärts hoch drei bis vier Schreckschüsse ab. Darauf wurde ich niedergeschlagen und furchtbar gemetzelt: mein Kopf ist noch voller Wunden von den Schlägen, mein linkes Auge wurde verletzt, sodass es seine frühere Sehkraft nie mehr wiedererlangen wird. Ich erhielt eine Stichwunde in den Rücken, die Lippen wurden mir zerschnitten, die Zähne sind heute noch locker von den Schlägen. Dann zogen mich drei bis vier Mann auf der Strasse lang. Es gelang mir aber noch fortzukommen."

Der Staatsanwalt versuchte vergebens, den Tatbestand der Notwehr bei Manche zu verneinen. Der Angeklagte Queffter, der beschuldigt wird, aus seinem Haus geschossen zu haben, bestreitet das und erzählt, er befand sich in seiner Wohnung, als plötzlich die Tür aufgerissen wurde und ein junger Mann mit dem Ausdruck furchtbarsten Schreckens in das Zimmer stürzte: "Halft mir, ich werde verfolgt und ich habe garnichts getan!" Es wurde auch festgestellt, dass Nationalsozialisten in den Hausflur eingedrungen waren. Das Schloss der Haustür war zertrümmert und konnte nicht zugeschlossen werden.

SPD. Paris, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Nach dem Ministerpräsident Herriot, der am Sonntag in Metz zwar den Friedenswillen Frankreichs betont, gleichzeitig aber auch angesichts der "Rufe nach Gewalt und der Lobreden auf den Krieg" die Notwendigkeit zur Wachsamkeit in Frankreich unterstrichen hatte, hat sich am Montag Kriegsminister Paul Boncour in Blois im gleichen Sinne geäußert. Er betonte es als seine Pflicht als Kriegsminister, die nationale Verteidigung Frankreichs im Sinne der Ausserpolitik seiner Regierung zu sichern. Herriot habe in Lausanne gezeigt, dass er zur Verständigung namentlich mit England und Amerika unbedingt bereit sei.

Die Parade alter Soldaten in Pirmasens hat in der Pariser Presse starke Verstimmung hervorgerufen. Die nationalistische "Liberté" verlangt am Montag schon, dass man derartige Kundgebungen sofort mit einem Rüstungswettrennen beantworten müsse. Als erste Aufrüstung verlangt das Blatt den Bau von drei grossen Panzerkreuzern zu je 25 000 Tonnen. Der "Temps" sucht aus der Militärparade in Pirmasens für Frankreich Kapital auf diplomatischem Gebiet zu schlagen.

Er weist nämlich darauf hin, dass gerade derartige Kundgebungen ein guter Beweis dafür seien, wie Recht Frankreich habe, wenn es immer eine Ergänzung des Kellogg-Paktes durch Sanktionsbestimmungen fordere: "Obwohl Deutschland selbst den Kellogg-Pakt unterzeichnet hat, betrachtet es den Krieg weiter als ein gesetzliches Mittel, um das Ziel seiner nationalen Politik zu erreichen. Es ermutigt das ganze Volk in der gefährlichen Illusion, dass trotz aller bestehenden Verträge die Revanche es wieder in den Besitz der verlorenen Gebiete bringen könnte. Solange aber diese Geizinnung, die sich jetzt wieder in Paris gezeigt hat, auf der anderen Seite des Rheins besteht, hat jeder Friedenspakt in den Augen der am meisten bedrohten Völker nur soweit Wert, als er Sanktionen gegen diese Verletzung und genügende Garantien für die allgemeine Sicherheit vorsieht."

SPD. Schwerin, 15. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die nationalsozialistische Regierung von Mecklenburg-Schwerin hat die Absicht, von den mecklenburgischen Staatsdomänen in grösserem Umfange Land abzuzweigen und es kleinen und mittleren Landwirten zum Kauf anzubieten. Sie will hiermit der Staatshauptkasse Barmittel zuführen. Offenbar beabsichtigt die Regierung nicht, mit diesen Mitteln Schulden abzuführen, sondern sie will das Staatsvermögen teilweise verbrauchen. Ob bei den augenblicklich niedrigen Preisen es gerade der geeignete Zeitpunkt ist, staatlichen Grundbesitz abzustossen, muss bezweifelt werden. Immerhin waren die Domänen in Mecklenburg schon seit jeher das Sorgenkind aller Regierungen. Eine Aufteilung dieser unrentablen Betriebe ist nicht unbedingt zu verwerfen, allerdings darf man nicht vergessen, dass die Geldgeber des Landes in Rücksicht auf dessen beträchtlichen Grundbesitz die Kredite gegeben haben. Der Schritt der Regierung ist also nicht ganz unbedenklich. Die Hitler-Regierung ist optimistisch und glaubt, dass durch den Verkauf von Land an kleine und mittlere Landwirte diese zum Bau von Wirtschaftsgebäuden und zur Durchführung von Anbauten gezwungen werden. Auf diese Weise hofft man, den Bauparkt zu beleben.

(Schluss des politischen Teils.- Auf Wiederhören am

Dienstag vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

Aus aller Welt

Der Hamburger Cholera Tod.

Vor 40 Jahren wütete in Hamburg ein grosses Peststerben. - Der Schrecken der tröstlosen Gängeviertel. - Eine Woche lang täglich 500 Tote!

SPD. Das neunzehnte Jahrhundert sah den Todeszug einer der fürchterlichsten Seuchen, der asiatischen Cholera, die bis dahin den Bewohnern des Abendlandes so gut wie unbekannt war. Im Jahre 1826 drang sie zum erstenmal von der Türkei aus über Russland nach Deutschland und verbreitete sich dann über ganz Europa. Im deutsch-österreichischen Kriege starben 87 % aller erkrankten Soldaten an der Cholera; eine Tatsache, die zu dem schnellen Frieden von Nikolsburg führte, der diesen deutschen Bruderkrieg beendete. Unter den deutschen Städten aber wurde besonders Hamburg von dieser Seuche heimgesucht. Nicht weniger als siebenzehnmal wütete die Cholera hier, Tausende wurden von ihr dahingerafft. Und doch wurden alle diese Epidemien von dem grossen Hamburger Cholera sterben in den Schatten gestellt, das in den Spätsommermonaten des Jahres 1892 ganz Europa in Furcht und Schrecken versetzte.

Der August des Jahres 1892 war einer der heissesten des ganzen Jahrhunderts. An einigen Tagen zählte man Temperaturen bis zu 35 Grad im Schatten. Schon im Frühjahr drangen alarmierende Gerüchte aus Russland, wo in Baku und im Wolgagebiet die Cholera ausgebrochen war: täglich starben hier gegen 5000 Menschen. Als am 19. August die ersten Cholerakranken in die Hamburger Krankenhäuser eingeliefert wurden, hielt man die gefährliche Seuche zuerst für die harmlosere "Cholerine". Erst zwei Tage später verbreitete sich wie ein Lauffeuer das Gerücht, dass die berüchtigte "Asiatische Cholera" in Hamburg ausgebrochen sei. Eine furchtbare Panikstimmung ergriff die Bevölkerung, die Bahnhöfe wurden gestürmt, ein grosser Teil der Wohlhabenden verliess fluchtartig die Stadt.

Die Krankheit zeigte sich zuerst in den Wohnquartieren der armen Bevölkerung, in den berüchtigten Gängevierteln, in denen die trostlosesten baulichen Zustände herrschten. "Etwas Schlimmeres", schrieb ein Prager Arzt, "als die Hamburger Arbeiterviertel habe ich nicht kennengelernt. Ein solche Fructification (Ausnützung) des Bodens ist selbst in New York unbekannt. In Winkeln ohne Luft und Licht wohnen Menschen; in einem Hause fand ich gegen 60 Familien, die in einer grauenvollen Enge kampierten". Zu diesen ungeheuerlichen Wohnverhältnissen kam der geradezu skandalöse Zustand der Hamburger Wasserversorgung, der die schlimmsten Uebelstände aufwies. Nur so war es möglich, dass die undesinfizierten Abwässer einer Baracke, in der choleraverdächtige russische Auswanderer in Quarantäne lagen, ungehindert in die Elbeflossen, in das nahegelegene Sammelbecken der Wasserwerke gelangten und von dort aus das ganze Trinkwasser der Stadt mit den Todeskeimen der Cholera versuchten.

Drei Tage lang versuchte die Behörde den Ausbruch der Seuche zu verheimlichen. Als endlich am 22. August eine amtliche Mitteilung erschien, dass die Bakteriologischen Untersuchungen das Vorhandensein von Cholerabakterien in den Ausscheidungen der Kranken ergeben hätten, waren ihnen schon Hunderte zum Opfer gefallen. Zu weitgreifenden Schutzmassnahmen war es also schon viel zu spät. Die Vertuschungstaktik des Medizinalbüros hatte kostbare Tage ungehindert verstreichen lassen. Zwar wurden die Bewohner Hamburgs durch Flugblätter und Plakate aufgefordert, ihre Wohnungen zu desinfizieren, jede

Berührung mit den Kranken zu vermeiden und sich des Genusses von rohem Obst und ungekochtem Wasser zu enthalten, aber ehe alle diese Massnahmen durchgeführt werden konnten - in den ersten Tagen hatte man dazu versäumt, der unbemittelten Bevölkerung Desinfektionsmittel und Choleratropfen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, es geschah erst viel später - wuchs die Zahl der Kranken derart, dass die Transportmittel nicht mehr ausreichten und freiwillige Helfer die erschöpften Sanitätsmannschaften unterstützen mussten. Wie im Mittelalter die Pestkarren, so fuhren jetzt die Cholerawagen durch die Hamburger Strassen. In Möbel- und Kohlenwagen wurden die Kranken, die sich in Krämpfen wanden, nach den Spitälern gefahren. Oft starben sie, bevor sie ihren Namen hatten nennen können. Bald langten die Betten nicht mehr zu, man errichtete Baracken, und zahlreiche Aerzte, unter ihnen Robert Koch, eilten aus allen Städten herbei, um zu helfen. Auch die Militärbehörden stellten ein grosses Choleralazarett zur Verfügung, da man aber erst mit preussischer Gründlichkeit den Boden planierte und Bürgersteige anlegte, ehe man die dazugehörigen Baracken aufstellte, war die Cholera inzwischen zuende.

Der Höhepunkt der Epidemie war in der letzten Augustwoche erreicht. Vom 27. August bis 3. September starben täglich etwa 500 Menschen. Es gab nicht mehr genügend Särge, man musste einfache Kisten nehmen, und als auch die nicht ausreichten, wickelte man die Toten in karbolgetränkte Tücher und fuhr sie nachts in Möbelwagen auf den Friedhof, wo grosse Kolonnen von 250 Arbeitern Tag und Nacht Gräber aushoben. Ganz Hamburg glich einem einzigen Spital. Ununterbrochen rollten die Krankenwagen, die Schulen waren geschlossen, die Fabriken lagen still, der Hafen verödete. In den Strassen standen Lokomobilen, in denen man Wasser abkochte, das mit Sprengwagen durch die Strassen gefahren und an die Bevölkerung verteilt wurde. Freiwillige Helferkolonnen zogen von Haus zu Haus, um die Wohnungen der Kranken zu desinfizieren. Anfang September stieg die Zahl der Toten auf 6 000, und als endlich Anfang November die Seuche erlosch, waren ihr fast 9 000 Menschen zum Opfer gefallen. Hunderte von Familien waren ihres Ernährers beraubt, Hunderte von Kindern verwaist. Das Wirtschaftsleben ruhte, und unter der Arbeiterbevölkerung brach eine fürchtbare Not aus, die man nur ungenügend durch private Sammlungen und öffentliche Unterstützungen bekämpfen konnte. Trotzdem die Eisenbahnverwaltung die Schaffner der Züge mit Choleratropfen und Desinfektionsmitteln ausrüstete, hatten Hamburger Flüchtlinge, wie Robert Koch feststellte, der 1883 in Aegypten den Erreger der Cholera, das Kommabakterium, entdeckte, die Seuche nach 30 anderen Städten getragen, wo ebenfalls kleinere Epidemien ausbrachen. In den folgenden amtlichen Untersuchungen wurden schwere Vorwürfe gegen die Hamburger Gesundheitsbehörden erhoben, deren Nachlässigkeit es zuzuschreiben war, dass die Cholera jenen gewaltigen Umfang annahm, der seit her in Deutschland erfreulicherweise nicht wieder erreicht worden ist. Heute wäre eine derartige Seuchenausbreitung so gut wie unmöglich. Auf sozialhygienischem Gebiet ist man soweit vorgeschritten, dass auch beim geringsten Verdacht alle notwendigen Vorkehrungen zu ihrer Verhinderung getroffen werden können.

A.P.

+ + +
Devisenschieber. Auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle wurden in Berlin fünf Personen - ein Reichsdeutscher und vier Ausländer - wegen Devisenschiebungen festgenommen.

+ + +
Todessturz. Auf der Kleinen Halt (Tirol) sind zwei Alpinisten, der Angestellte Athing aus München und Graf von Luxburg aus Würzburg, abgestürzt und tödlich verunglückt.

+ + +

Sturmvogels Aufstieg. Auf dem Steinberg bei Ahrensdorf, in der Nähe von Trebbin (Mark), wurde das erste Segelfliegerlager des Gaues Brandenburg des "Sturmvogel" in Betrieb genommen. Zur Feier der Einweihung, der Hunderte von Zuschauern beiwohnten, wurden drei neue Segelflugzeuge des Sturmvogel getauft: die Apparate "Steinberg", "Spandau II." und "Sturmvogel Trebbin". Der Start vollzog sich glatt, die Vorführungsflüge fanden verdiente Anerkennung.

Das Ahrensdorfer Segelfliegerlager, in flugtechnischer Hinsicht wohl das schönste in der ganzen Mark, wurde von 68 jugendlichen Erwerbslosen im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet. Den gemeinsamen Bauarbeiten folgt die gemeinsame Freude am Erfolg und an der praktischen Beschäftigung mit der Luftfahrt: die jungen Leute, meistens 21 bis 22 Jahre alt, leben und schaffen gemeinsam; sie bekommen volle Verpflegung und 30 Pfennig Taschengeld täglich; als Unterkunft dient ihnen ein grosser Schuppen, eine zweite Baracke wird als Arbeits- und Vortragsraum benutzt. Das tägliche Pflichtprogramm der Jugendlichen umfasst sechs Stunden Arbeit, theoretischen Unterricht und Gymnastik. Das "hohe" Ziel, das sie vor Augen haben, erfüllt ihr Leben. Jede Minute ihrer Freizeit nutzen sie aus, um an ihren Flugzeugen, an ihren Modellen zu basteln. Erst die Dunkelheit vertreibt sie des abends vom kiefernentblössten, sonnenüberfluteten, sandigen Steinberg-Hang, der nun ihr grosser Vertrauter geworden ist.

+ + +

Ultrakurz. Der italienische Erfinder Marconi hat mit einer 57 Centimeter-Kurzwellenlänge eine deutliche drahtlose Verbindung über 360 Kilometer (zwischen Cap Figari in Sardinien und Rocca di Papa im Albaner Gebirge) hergestellt. Die Welle wurde durch einen im gewöhnlichen Kurzwellenbetrieb üblichen Rückstrahler gerichtet.

+ + +

Schluss der Olympiade! Zum Abschluss der Olympiade in Los Angeles wurden die drei deutschen Boxer Ziglarski, Schleinkofer und Campe knapp nach Punkten geschlagen, konnten jedoch in der Gesamtwertung als die Zweitbesten platziert und mit Silbernen Medaillen ausgezeichnet werden. Zwei weitere Silberne Medaillen fielen an Deutschland durch den zweiten Platz der Ruder Doppelzweier Buhtz-Boetzelen und Ruder-Vierer Amicitia-Mannheim. Bei einem technisch vorzüglichen Schwimmfinale schwamm der 14jährige Japaner Kitamura 1500 Meter in 19:12,4 Minuten. Helen Madison (USA) gewann das 400 m Kraulschwimmen in Weltrekordzeit (5:28,5) vor der Amerikanerin Knight, die nur eine Zehntelsekunde mehr brauchte. Sieger der Turmspringer wurde der Amerikaner Smith. Das Gesamtklassament gestaltet sich folgendermassen:

	1.Preis	2.Preis	3.Preis	Punkte
Amerika	40	33	29	215
Italien	11	11	14	69
Finnland	5	8	14	45
Frankreich	9	7	2	43
Schweden	9	3	10	43
Japan	7	7	4	39
Deutschland	3	13	4	39
Ungarn	6	4	4	30
England	4	6	6	30
Kanada	1	5	8	21

Die deutschen Preisträger sind:

Goldene Medaillen.

Jsmayr (Gewichtheben, Mittelgewicht).

Brendel (Ringern, Bantamgewicht).

Berliner Ruder-Club: Spremberg, Meyer, Hoeck, Eller, Neumann (Vierer mit Steuerermann).

Silberne Medaillen.

Ellen Braumüller (Speerwerfen).

Körnig, Hendrix, Borchmeyer, Jonath (4 mal 100 Meter).

Ehrl, (Ringen, Federgewicht).

Sperling (Ringen, Leichtgewicht).

Földes (Ringen, Mittelgewicht).

Wölpert (Gewichtheben, Federgewicht).

Hax (Pistolenschiessen).

Gebr. Rademacher, Cordes, Gunst, Benecke, Schwartz, Schulze, Eckstein,

Pohl, Schumburg (Wasserball).

Amicitiaⁿ-Mannheim: Maier, Flinsch, Gaber, Dr. Aletter (Vierer ohne Steuer-

mann).

Buhtz-Bötzelen (Doppelzweier).

Ziglarski (Boxen, Bantamgewicht).

Schleinkofer (Boxen, Federgewicht).

Campe (Boxen, Weltergewicht).

Bronzene Medaillen.

Jonath (100 Meter).

Eberle (Zehnkampf).

Tilly Fleischer (Speerwerfen).

Strassberger (Gewichtheben, Schwergewicht).

Bei der offiziellen Schlussfeier füllten 105 000 Zuschauer das Riesens-

stadion in Los Angeles bis auf den letzten Platz. Siegerehrungen, Anspra-

chen, Nationalhymnen, Fanfarenchöre - dann wurde das Olympische Feuer aus-

gelöscht. Die XI. Olympiade im Jahre 1936 findet in Berlin statt.

Noch heisser! Ganz Deutschland wird zurzeit von einer Hitzewelle

überflutet. Aufgrund der augenblicklichen Luftdruckverteilung ist zu befürch-

ten, dass es noch wärmer wird. Mit Gewitterstörungen ist vorerst kaum zu

rechnen.

In Berlin sank am Montag der Druck der Wasserleitungen von vier auf

1½ Atmosphären. Der Wasserverbrauch stellte sich auf ungefähr 650 000 Kubik-

meter. Die Eisfabriken haben Hochkonjunktur; am Montag dürften etwa 45 bis

50 000 Zentner Eis verbraucht worden sein.

Das gibt es! Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidiums Chikago ver-

fügt: "Der freie Handel mit Kindermaschinengewehren ist nicht gestattet.

Kindermaschinengewehre dürfen nur mit besonderer Erlaubnis verkauft werden...

Opfer der Schlange. Fünf Töchter einer mohammedanischen Familie in

Lahore (Indien) sind gleichzeitig auf eine nicht gewöhnliche Weise ums Le-

ben gekommen. Sie assen aus einem Topf, in dem eine giftige Schlange ver-

endet war und die darin die Reste ihres Giftes zurückgelassen hatte.

Brautpaar ermordet. In der Nähe von Ratibor wurde ein in einem Gemü-

sewagen nach Rubnik fahrendes Brautpaar niedergeschossen. Die Braut ver-

starb im Krankenhaus Rubnik; der Zustand des Bräutigams ist hoffnungslos.

Das Paar wollte in wenigen Tagen heiraten. Man vermutet einen Racheakt.

Unwetterkatastrophen. Bei einer Unwetterkatastrophe in der Altmark

wurde viel Getreide durch Hagelschlag und Blitzbrand vernichtet. In Meck-

lenburg-Schwerin brannten zehn Gebäude und ein Teil ihrer Anbauten nieder.

In Düsseldorf wurde ein Tennisplatzmeister vom Blitz erschlagen, in Gross-

Wudicke (Altmark) ein landwirtschaftlicher Arbeiter.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Hundertfältige Frucht.

Leistung und Verwaltungsaufwand der Gewerkschaften.

SPD. Mit mehr als 4,1 Millionen Mitgliedern hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund das Jahr 1931 abgeschlossen. Die dem ADGB angeschlossenen Verbände zeigten somit in ihrem Mitgliederbestande eine angesichts der furchtbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise beachtenswerte Festigkeit. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder lag Anfang dieses Jahres immer noch über der Mitgliederzahl, die die freigewerkschaftlichen Verbände Ende 1926, also vor dem Konjunkturaufschwung der Jahre 1927 und 1928 aufzuweisen hatten.

Die Gewerkschaften bewährten sich aber nicht nur in ihrem organisatorischen Aufbau hervorragend, auch in ihren Leistungen stehen sie nicht zurück. Man braucht dabei nicht nur an die in unvergleichbar schweren sozialen Kämpfen der vergangenen Jahre abgewehrten Angriffe des Unternehmertums und der ihnen weitgehend dienstbaren politischen Gewalten zu denken. Seit Beginn der Krise sind von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder auch direkte Unterstützungen in einem Ausmasse gelsietet worden, dass selbst Gegner der Gewerkschaften dieser sozialen Hilfsaktion grössten Stiles ihre Anerkennung nicht versagen konnten. Rund 110 Millionen RM. sind im Jahre 1931 an die Gewerkschaftsmitglieder durch ihre Verbände an Unterstützungen ausgezahlt worden. Im Jahre 1930 betrug diese Summe sogar 124 Millionen RM.

Während die Banken ihre Zahlungen einstellten, grosse Konzerne zusammenkrachten und kaum ein gesellschaftliches Institut ohne Staatshilfe mehr lebensfähig war, haben sich die Gewerkschaften bei Anforderungen höchster Art geradezu glänzend geschlagen. Kein Wunder, wenn die gewerkschaftsfeindliche Presse sich über den jetzt erschienenen Jahresbericht der Gewerkschaften herstürzt, um an Hand der von den Gewerkschaften in gewohnter Offenheit bis ins einzelne detaillierten Jahresabschlüsse zu behaupten, dass die Gewerkschaften ebenfalls am Ende ihres Lateins wären. Bei 184 Millionen Einnahmen hatten die Gewerkschaften im Jahre 1931 über 216 Millionen RM. Ausgaben. Aufgeregte Presseleute glauben daraus bereits den finanziellen Ruin der Gewerkschaften herleiten zu können. Dabei zeigt sich in diesen Zahlengrössen doch gerade, dass die Gewerkschaften dank einer vorausschauenden Vermögensbildung den Krisenansprüchen im vollen Umfange gerecht werden konnten. Besonders haben es einigen bürgerlichen Zeitungen die "Verwaltungskosten" der Gewerkschaften angetan, die im vorigen Jahre (trotz Rückganges in den letzten Jahren) immer noch rund 53 Millionen RM betragen.

Wie nun jedes Gewerkschaftsmitglied weiss, der bürgerlichen Presse aber offenbar verschiedentlich noch unbekannt sein dürfte, verfügt allerdings die Gewerkschaftsbewegung zur Durchführung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben über einen in der Regel sogar tadellos funktionierenden Organisationsapparat.

Die Gewerkschaften - als Sachwalter nicht nur der organisierten mehr als 4 Millionen Arbeitnehmer, sondern als die auch verfassungsmässig berufenen Vertreter der Arbeiterklasse überhaupt - bedürfen natürlich neben der Mitarbeit hunderttausender ehrenamtlicher Funktionäre auch der entgeltlichen Arbeit angestellter Funktionäre und eines Stabes leistungsfähiger Bürokräfte.

Ihre Zahl ist, wie wiederholt mit Zahlen nachgewiesen wurde, sogar angesichts der Vielseitigkeit der gewerkschaftlichen Organe und ihrer Aufgaben auffallend niedrig. Einrichtung und Unterhalt von mehr als 12 000 örtlicher Verwaltungsstellen und einiger hundert Gau-, Bezirks- und Reichsleitungen, die Leitung der mannigfachen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Gewerkschaften erzwingen natürlich einen beträchtlichen finanziellen Aufwand für die sogenannte "Verwaltung".

Über 12 000 Tarifverträge haben die Gewerkschaften abgeschlossen. Ende vorigen Jahres unterstanden 8 1/2 Millionen Beschäftigte diesen tarifvertraglichen Vereinbarungen, die die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen der Arbeiterschaft regelten und die Ansprüche und Arbeitsbedingungen mehrerer hunderttausend Lehrlinge festlegten.

In 600 Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen erhielten um Rechtsauskunft nachsuchende Arbeitnehmer in 900 000 Fällen Auskünfte, wurden mehr als 300 000 Schriftsätze für sie angefertigt. Neben den 110 Millionen RM Unterstützung aller Art, wie Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbefall-, Invaliden-, Notfall-, Reise-, und Umzugs-Unterstützung, fanden hunderttausende hilfsbedürftiger Gewerkschaftsmitglieder persönlichen Rat und Hilfe bei ihren Gewerkschaften. Dass diese umfassende Tätigkeit nur mit Hilfe einer sorgsamsten Verwaltung der ein- und ausgehenden Mittel zu bewältigen ist, sollte einleuchten.

Man wird die Zahl der neben der verhältnismässig kleinen Zahl hauptberuflicher Funktionäre ehrenamtlich für die Gewerkschaftsbewegung tätigen Kollegen mit 1/2 Million nicht zu hoch beziffern. Bestenfalls erhalten diese ehrenamtlichen Funktionäre ihre Auslagen zurück. Trotzdem summieren sich auch diese bescheidenen Auslagen, die der Verwaltung der Gewerkschaften zugerechnet werden, insgesamt zu beträchtlichen Aufwendungen. Es sind neben den gewerkschaftlichen Betriebsobleuten in der Zeit guter Beschäftigung ca 300 000 freigewerkschaftliche Betriebsräte tätig gewesen, in den Gesellenausschüssen der Handelskammern sitzen rund 10 000, in den Ausschüssen der Berufsschulen rund 5 000 Gewerkschafter. In den Arbeitsgerichten sind mehr als 10 000, in den Arbeitsämtern mehr als 2 000 Gewerkschafter ehrenamtliche Beisitzer. In den Sozialversicherungskörperschaften vertreten, durch Wahlen delegiert, mehr als 50 000 freigewerkschaftliche Beisitzer die Interessen der Arbeiterschaft. Und unter diesen Beauftragten der Gewerkschaften befinden sich zur Zeit zahlreiche Arbeitslose, die nicht mehr in der Lage sind, die Unkosten aus ihrer Tätigkeit aus eigener Tasche zu bestreiten. Sie bedürfen heute mehr denn je eine Entschädigung aus den Mitteln der Organisationskassen, so dass es zu bewundern ist, dass die Kosten der Verwaltung in den Gewerkschaften in den letzten Jahren gesunken sind.

Die Geschichtsbeflissenen behaupten, dass ohne die Zünfte das soziale, ja das staatliche Leben des Mittelalters undenkbar wäre. Das mag stimmen. Der soziale Staat der Zukunft wird aber ohne Gewerkschaften und die durch sie ausgelösten grossen gesellschaftsgestaltenden Kräfte ebenso wenig auskommen. Man hält es heute beinahe in Deutschland für selbstverständlich, alles, was nicht Unternehmercharakter trägt, mit dem Hinweis auf den sich als notwendig erweisenden Verwaltungsaufwand als unnötige "gesellschaftliche Belastung" abzutun. Wir kennen das Lied aus dem Kampfe der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung, wir hörten es lange genug aus dem Munde der politischen Reaktion gegen die preussische Polizei, als sie noch nicht in ihren Händen war. Trotz wirtschaftlicher Not, die gewiss auch die Gewerkschaften veranlassten, mit den sparsamsten Mitteln ihren Aufgaben gerecht zu werden, gilt es, den gewerkschaftlichen Organisationsapparat, gilt es, alle Einrichtungen der Gewerkschaften, ihre Büros und Volksheime, ihre Jugendheime und Bibliotheken zu fördern und nach bestem Können auch fernerhin auszubauen.

SPD. Ohne Zuhilfenahme der staatlichen Schlichtungsorgane sind jetzt die Reichsmanteltarife für die Gemeindearbeiter und kommunalen Strassenbahner zwischen den Tarifparteien neu abgeschlossen worden. Ueber ein Jahr dauerten die Verhandlungen. Unter die neu abgeschlossenen Reichsmanteltarifverträge fallen insgesamt 315 000 Gemeindearbeiter und kommunale Strassenbahner.

Mit der Kündigung der Manteltarife wurde eine weitgehende Herabsetzung der Leistungen dieser Verträge bezweckt, ebenso die Herausnahme bestimmter Gruppen, wie der Arbeiter des Gesundheitswesens und der Parkbetriebe aus den Verträgen. Aus allen Bezirksarbeitgeberverbänden lagen Verschlechterungsanträge vor.

Um die Zuschläge bei Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit und die Zahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage wurde besonders scharf gerungen. Hart umstritten war auch die Frage der Gewährung von Urlaub in der seither gewährten Höhe. Nach viertägigen Verhandlungen wurde erreicht, dass die Zuschläge für Ueberarbeit, für dienstplanmässige Nacharbeit wie bisher erhalten blieben, dagegen der Zuschlag für dienstplanmässige Sonntagsarbeit und für Arbeit an Wochenfeiertagen etwas herabgesetzt wird. In der Urlaubsdauer tritt für Gemeindearbeiter in Städten über 100 000 Einwohner eine Aenderung nicht ein, dagegen verringert sich der Urlaub in Städten unter 100 000 Einwohnern um 1 bis 3 Tage. Für die Krankheitsdauer werden 75 Prozent des Bruttolohnes zur Auszahlung gebracht, von denen die reichsgesetzlichen Leistungen in Abzug kommen. Die neuen Tarife treten am 1. Oktober in Kraft und können erstmalig am 31. Dezember 1933 gekündigt werden.

Den masslosen Abbauwünschen der Unternehmer ist also nicht ohne Erfolg entgegengewirkt worden. Die Interessen der Gemeindearbeiter wurden gewahrt, soweit dies in der Krisenzeit überhaupt möglich ist. Diesen in Anbetracht der Umstände unbestreitbaren Erfolg verdanken die deutschen Gemeindearbeiter ihrer ausgezeichneten Organisation. Aus eigener Kraft sind Verträge geschaffen, die das soziale Tarifrecht der bei den Gemeinden Beschäftigten neu verankern. Der Abschluss erfolgte zu einer Zeit, in der eine Rechtsregierung schärfster Tonart herrscht. In einer solchen Zeit Tarife, wie die vorliegenden, zum Abschluss zu bringen, ist eine Leistung.

Die Reichstarifkommissionen des Gesamtverbandes, denen Orlopp über den Ausgang der Verhandlungen Bericht erstattete, haben nach lebhafter Diskussion dem Neuabschluss in einstimmig angenommener Entschliessung zugestimmt, weil die Vertragswerke als Ganzes gesehen die sozialen Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter und kommunalen Strassenbahner in dieser Krisenzeit sichern. Die Kommissionen fordern vom Verbandsvorstand, den Kampf für Erhaltung und Ausbau der errungenen Arbeitsbedingungen mit gesteigerter Kraft weiterzuführen. Die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise eingetretene Verschlechterungen müssten zur gegebenen Zeit wieder beseitigt werden. Die Mitglieder im Lande aber hätten die Aufgabe nun erst recht und mit erhöhtem Eifer für die Stärkung des Gesamtverbandes zu wirken. Die Kräfte der Organisation müssten für die entscheidenden Stunden zur höchsten Leistungsfähigkeit gesteigert werden.

SPD. Endlich ein Führer durch das Arbeitslosenrecht, dem jeder folgen kann. In dem Labyrinth der Arbeitslosenschutzbestimmungen wissen im ganzen Deutschen Reich vielleicht ein Dutzend Menschen Bescheid, die sich im Hauptberuf oder von amtswegen mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen. Für das Volk sind die Arbeitslosenschutzbestimmungen ein Buch mit sieben Siegeln. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat diesem Misstand jetzt abgeholfen. Seine sozialpolitischen Sekretäre Franz Spliedt und Dr. Broecker haben eine

populär geschriebene, auch für den einfachsten Arbeiter verständliche Darstellung der "Versorgung der Arbeitslosen" nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung gegeben. Auch die jüngsten Bestimmungen für den Arbeitsdienst sind in ihrer Darstellung enthalten.

"Für die Arbeitslosen selbst, für alle auch, die sich ihrer Betreuung widmen wollen, insbesondere dennoch für die Gewerkschaftsfunktionäre," - so betonen Spliedt und Broecker in dem Vorwort zu ihrem Arbeitslosen-Führer - "ist durch die sehr komplizierte Neuregelung, die weit entfernt ist von einer Vereinfachung des Unterstützungssystems, die Uebersicht über die Rechtslage ausserordentlich erschwert. Arbeitslosenversicherung, wie der erste Teil des Unterstützungsbezugs noch immer heisst, Krisenfürsorge, Wohlfahrtspflege, teilen sich nach wie vor in die Versorgung der Arbeitslosen. Daneben spielen noch die Kurzarbeiterunterstützung, die Krankenversicherung der Arbeitslosen, die Aufrechterhaltung ihrer Anwartschaften in der Sozialversicherung eine Rolle, und viele schwierige Fragen entstehen bei der Durchführung der Notstandsarbeiten, des Freiwilligen Arbeitsdienstes und der Pflichtarbeit. Allen denen, die sich im eigenen Interesse oder für andere mit diesen Fragen zu beschäftigen haben, wird der von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen Führer durch den Arbeitslosenschutz eine grosse Hilfe sein. Er dient ausschliesslich dem unmittelbaren Bedürfnis der Praxis und gehört nicht nur in die Hand der gewerkschaftlichen Funktionäre, sondern auch in die Hand jedes Arbeitslosen, ja jedes Arbeitnehmers. Die Möglichkeit dazu ist geschaffen, denn der Organisationspreis für "Die Versorgung der Arbeitslosen" beträgt nur 30 Pfennig.

SPD. Der Kongress der Transportarbeiterföderation, der Ende der vorigen Woche seine Beratungen in Prag abschloss, brachte dieser weltumspannenden Berufsinternationale neue organisatorische Festigung. Das zeigte die einstimmige Annahme des Geschäftsberichts und der stürmische Beifall bei der Wiederwahl der Sekretäre der ITF Fimmen und Nathans. Sitz der ITF bleibt Amsterdam. Auf Antrag des spanischen Delegierten Gomez wurde Madrid als Tagungsort für den nächsten Kongress bestimmt. Der Kongress findet künftig nicht mehr alle zwei, sondern nur alle drei Jahre statt.

SPD. Der Präsident der Reichsanstalt ist durch die Papen-Notverordnung, die den Arbeitslosenschutz abbaute, ermächtigt worden, Gemeinden und Gemeindeverbänden in all den Fällen die Durchführung der Krisenfürsorge zu übertragen, wo dadurch eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung herbeigeführt wird. Wie verlautet, will jetzt der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Gördeler, die Uebertragung der Krisenfürsorge an die Gemeinde praktisch zuerst in Leipzig erproben.

Herr Gördeler will Experimente machen, um seinem Arbeitslosenreformprogramm, das auf eine Zusammenlegung der drei Unterstützungszweige hinausläuft, neuen Auftrieb zu geben. Er sollte lieber nicht die Gemeinden auf einem gefährlichen Weg weiterhetzen. Das Prüfungsfiasko der Gemeinden ist doch eigentlich kein Anreiz dazu. In Berlin sollen, wie verlautet, 500 neue Prüfer eingestellt werden. Eine Vergrösserung, auf deutsch Verteuerung des Verwaltungsapparats, das kann doch unmöglich der Zweck der Uebung sein. Der Deutsche Städtetag sollte rechtzeitig dafür sorgen, dass nicht neue Dummheiten gemacht werden. Er hat ohnehin manches wiedergutzumachen.



Gerechtigkeit für Bergarbeiter.

Immer noch sinnlose Ueberschichten.

SPD. Im Ruhrgebiet droht ein schwerer Lohnkonflikt. Die Bergarbeiter haben das Ueberarbeitsabkommen gekündigt und wollen, nachdem unsinnigerweise trotz furchtbarer Arbeitslosigkeit und übermässiger Kohlenförderung immer noch eine Stunde Ueberarbeit geleistet wird, durch deren Beseitigung die Arbeitstrecken, die Zahl der Feierschichten verringern und ein Teil der arbeitslosen Bergarbeiter in Brot bringen. Diese Stunde Ueberarbeit wurde in Zeiten beschlossen, als in Deutschland Kohlenmangel herrschte. Das war im Jahre 1923; damals wurde die 7-Stundenschicht im nationalen Gesamtinteresse durch die eine Stunde Ueberarbeit verlängert, um mehr Kohlen zu fördern. Heute verlangt dasselbe nationale Gesamtinteresse die Beseitigung dieser Stunde Ueberarbeit. Die Unternehmer aber stehen auf einem andern Standpunkt. Sie sind bereit, aus den Arbeitszeitverträgen die Stunde Ueberarbeit verschwinden zu lassen, dafür aber wollen sie die 8-Stundenschicht, was nichts ändern würde. Um dieser Frage willen droht ein schwerer Konflikt mit unabsehbaren Folgen.

Man macht sich hier kaum eine Vorstellung, wie dringend notwendig die Reduzierung der Arbeitszeit ist, und wie sehr sie auch aus den bergmännischen Verhältnissen gerechtfertigt ist. Die Kohlenkrise hat sich in einer Weise verschärft, wie es auch die Pessimisten vor einem Jahre noch nicht für möglich gehalten hätten. Gegen das erste Halbjahr 1931 ist im ersten Halbjahr 1932 ein neuer Förderrückgang bei Steinkohle von 60,3 auf 50,3 Millionen Tonnen eingetreten. Gegen die gleiche Zeit 1929 ist die Steinkohlenförderung um 35,9, die Kokserzeugung um 48,6, die Braunkohlenförderung um 31,3 und die Braunkohlenbriketterzeugung um 30,5 % gesunken.

Von Revier zu Revier ist der Rückgang in der Steinkohlenförderung verschieden. Er beträgt in Oberschlesien gegen das erste Halbjahr 1929 30,8, in Niederschlesien 29,1, in Sachsen 25,7 %. Am stärksten aber ist der Produktionsausfall gerade im Ruhrbergbau, wo er 40,7 % ausmacht. Das ist kein Wunder, weil das Ruhrgebiet die Hauptstätte der Kokserzeugung ist, die Krise der Eisen- und Stahlerzeugung aber die Kohlenförderung dann besonders stark drücken muss.

Die Kohlenkrise hat sich mit ungeheurer Wucht gegen die Lebenslage der Bergarbeiter gerichtet. Sie wurden zu Hunderttausenden entlassen; es wurden Millionen Feierschichten eingelegt; ihre Löhne wurden tief herabgedrückt. Im Ruhrbergbau in Oberschlesien, in Niederschlesien und in Sachsen wurden im Laufe von 2½ Jahren nicht weniger als 217 453 Bergarbeiter, d.h. 46,1 % der Ausgangsbelegschaft entlassen! Trotz dieses ungeheuerlichen Abbaus wurden im Ruhrbergbau allein in den ersten 6 Monaten 1932 5 486 900 und in Oberschlesien 716 400 Feierschichten à 8 Stunden eingelegt, um die Kohlegewinnung etwas einzuschränken. Aber die in Beschäftigung gebliebenen Arbeiter allein dieser beiden Reviere erlitten dadurch einen Lohnausfall von 42,62 Millionen Mark! Die Zahl der Feierschichten und den Lohnausfall in den andern Revieren kennt man nicht, weil sie statistisch nicht erfasst, oder aber nicht bekannt gegeben werden.

Neben diesem Lohnausfall aus Feierschichten erfolgte ein gewaltiger Abbau von Löhnen. Je Mann und Schicht war der Barverdienst im Mai 1932 gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1929 im Ruhrgebiet gesunken von 9,00 auf 7,07 Mark, in Oberschlesien von 6,85 auf 5,49 Mark, in Niederschlesien von 6,56 auf 5,34 Mark, im Aachener Gebiet von 7,94 auf 6,30 Mark und in Sachsen von 7,70 auf 5,97 Mark. Der Lohn der Bergarbeiter wurde also um 18,6 bis 22,5 % gekürzt! Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und im rheinischen Braunkohlenbergbau erfolgten Lohnsenkungen von rund 21,6 %. Dabei wurden auch dort nur 20 bis 21 Schichten im Monat verfahren, was wieder 20 % Verdienstausschlag darstellt. Von dem dann bleibenden Bruttolohn gingen noch 12 bis 15 % für Sozialversicherungen und Steuern ab! Bei den Bergarbeitern sitzt an jedem Tisch und an jedem Bett die Not!

Aber ist vielleicht die Arbeit leichter geworden? Das Gegenteil ist der Fall. Der Fördereffekt je Mann und Schicht durch Mechanisierung und Zusammenfassung der Förderung an wenigen Betriebspunkten in ungeahnter Weise gesteigert worden. Im Ruhrgebiet hatte im Mai 1932 die Förderung je Mann und Schicht der über- und unter Tage beschäftigten Arbeiter 1620 Kilo erreicht gegenüber 1490 Kilo im Jahresdurchschnitt 1931 und nur 1352 Kilo im Jahresdurchschnitt 1930. In Oberschlesien, Niederschlesien und Aachen sind die Verhältnisse entsprechend.

Der Widerspruch zwischen dieser Steigerung des Fördereffekts, d.h. der Ausbeutung der Bergarbeiter, der grossen Zahl von Feierschichten bei so stark gesenktem Lohn und der ungeheuerlich gewordenen Arbeitslosigkeit bei den Bergarbeitern muss gelöst werden. Die Bergarbeiterverbände haben mit der Kündigung des Ueberarbeitsabkommens die Initiative dazu ergriffen. Die Bergbauunternehmer wehren sich mit aller Macht dagegen. Das Recht und die Vernunft sind absolut auf Seiten der Bergarbeiter. Wenn nicht ein grosser und in seinen Folgen unabsehbarer Arbeitskonflikt im Ruhrbergbau ausgetragen werden soll, dann müssen die öffentliche Meinung und die Reichsregierung den Bergarbeitern in ihrer furchtbaren Not zur Seite stehen. Wird man das von der jetzigen oder künftigen Reichsregierung erwarten können? So furchtbar ein Zweifel daran ist, man muss ihn leider haben, und die Bergarbeiter sind gezwungen sich so einzurichten, als müssten sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen.

SPD. Am Sonnabend hat Hindenburg Hitlers Forderungen zurückgewiesen und ist nach Neudeck zurück gereist. Vor seiner Abreise hat Hindenburg nach einer amtlichen Mitteilung zum Ausdruck gebracht, dass nach der jetzt geschaffenen politischen Klarheit mit grösster Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Aufgaben gefördert werden müssten. Die Papen-Regierung verfolgt sicherlich auch innerpolitische Zwecke, wenn sie jetzt in der Frage der Arbeitsbeschaffung einen grösseren Eifer zeigt; zumindesten wird die politische Stellung der Nazis nicht gestärkt, wenn es gelingt, grössere Teile der Jugend, gleichviel mit welchen Mitteln, in Arbeit zu bringen.

Die am Montag von einem Hugenberg-Blatt gebrachte Nachricht, zwischen der Reichsregierung und dem Reichsbankpräsidenten Luther bestünden wegen der Frage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung sehr scharfe Gegensätze, sodass die Reichsregierung gegen Luther vorgehen werde, ist höchstwahrscheinlich falsch. Hier war offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens. Es sieht vielmehr so aus, dass die Reichsbank die erforderliche Diskontierung von Wechseln zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung grundsätzlich zustimmt, dass sie nur wirkliche Wirtschaftswechsel verlangt und dass sie im übrigen von der Reichsregierung innerhalb einer bestimmten Frist die steuer- oder anleihenmässige

Fundierung der zu gewährenden Arbeitsbeschaffungskredite fordert. Das sind Wünsche, die durchaus begreiflich und berechtigt sind und von denen man kaum erwarten kann, dass es ihretwegen zu einem Konflikt in der Reichsregierung kommt.

Auf der anderen Seite sind zweifellos die der Regierung Papen zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten sehr viel schlechtere als die der gestürzten Brüning-Regierung. Das Kabinett Brüning hatte die von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beantragte Arbeitsbeschaffungsanleihe in ihr Programm aufgenommen. Unter Brüning wäre sie sicher ein Erfolg gewesen. Unter Papen würde sie nach der Abweisung Hitlers sicher von einem Teil der sogenannten "aufbauwilligen Kräfte der Nation" sabotiert werden. Warum wäre man auch aufbauwillig? Immerhin aber hat sich auch die Papen-Regierung der von der Sozialdemokratie ins Volks getragenen Erkenntnis nicht entziehen können, dass durch Massnahmen des Staates Arbeit in grösstmöglichstem Umfang geschaffen werden muss.

Es bleibt nicht bei den ersten 135 Millionen Mark (110 für Strassen- und Wasserbauten, 25 für Meliorationen), es bleibt auch nicht bei den aus der Juni-Notverordnung bereitgestellten 50 Millionen für den freiwilligen Arbeitsdienst und den im Etat vorgesehenen 100 Millionen für Siedlungszwecke. Die Reichsregierung hat weitere 200 Millionen in Aussicht genommen, von denen neue 50 Millionen dem freiwilligen Arbeitsdienst, 12 Millionen der Abwrackung von Schiffen, 10 Millionen dem Bau von neuen Heringsloggern und der Rest von rund 130 Millionen weiteren Erdbewegungsarbeiten (Strassen- und Wasserbauten, sowie Meliorationen) dienen sollen. Für die erstgenannten 135 Millionen hatte die Reichsbank Finanzierungshilfe schon zugesagt. Für die letzten 200 Millionen erwartet man die Reichsbankhilfe bei der Finanzierung, die, wie gesagt, auch sinnvoll ist, sobald die längerfristige Fundierung ernst ins Auge gefasst wird.

Die Einzelpläne für die Arbeitsbeschaffung liegen noch nicht fest; sie werden in den Ministerien zwischen den einzelnen Referaten noch verhandelt. Die Regierung Papen wird auch an der Arbeitsbeschaffungsanleihe nicht vorbeikommen, die als Forderung von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auch dem neuen Reichstag vorgelegt werden wird.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Afa-Bund haben am 10. August beim Reichsernährungsminister gegen den Plan einer Margarinesteuer Protest eingelegt. Eine Margarinesteuer, so heisst es, sei "eine Sonderbesteuerung für diejenigen, die bereits aus bitterer Armut zu Elend verurteilt sind. In einer Zeit aber, in der weniger als die Hälfte der Arbeiter und Angestellten noch volle Beschäftigung finden, in der die Einkommen ständig sinken, müsste eine derart unsoziale Massnahme eine gefährliche Verzweiflungs- und Empörungstimmung hervorrufen. Auf der anderen Seite würde diese Sondersteuer der Landwirtschaft keine Hilfe bringen. Denn die Kaufkraft der Bevölkerung ist keineswegs ausreichend, um von der Margarine, auch wenn sie verteuert wird, zu der immer noch viel teureren Butter übergehen zu können. Im Gegenteil: Der Zwang höhere Einkommensbeträge in Margarine anzulegen, würde zur Folge haben, dass die Ausgaben für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse - Obst, Gemüse, Butter und Fleisch an Festtagen usw. - zum Schaden der Landwirtschaft noch weiter zurückgehen müssen. Die Einführung einer Margarinesteuer würde nur unsere Vermutung bestätigen, dass die Erhöhung der Butterzölle die für die Exportindustrie bereits ausserordentlich schädliche Auswirkungen zeitigt, der Landwirtschaft nichts genutzt hat. Die Margarinesteuer würde einen weiteren kräftigen Industriezweig bedrohen, ohne der Landwirtschaft Entlastung zu bringen. Die Gewerkschaften haben häufig genug betont,

dass sie für die Notstände in der Landwirtschaft Verständnis haben und geeignete Hilfsmassnahmen begrüßen. Aber diese Massnahmen dürfen nicht die Interessen anderer Bevölkerungsschichten, insbesondere der unbemittelten Volkskreise gröblich verletzen.*

Eine Abschrift des nur zu berechtigten Protestes wurde dem Reichskanzler und den übrigen Kabinettsmitgliedern zugeleitet.

SPD. Vom 10. bis 14. August wurde in Würzburg der 26. Deutsche Mieter- tag abgehalten. Als Vertreter der Gewerkschaften sprachen Bernhard vom Deutschen Baugewerksbund und Sachs vom ADGB und vom Afa-Bund. Die wohnungs- politische Lage wurde vom Bundesvorsitzenden Herrmann sehr eindrucksvoll be- handelt; über "Wohnungsbau und Siedlung"-im Rahmen der Arbeitsbeschaffung sprach Kreismedizinalrat Engelsmann-Kiel. "Neubau- und Mietzinsbildung", "Mieterschutz und gewerblicher Mittelstand" waren weitere Referate der Tagung.

Eine an den Reichstag gerichtete Kundgebung fordert die Einlösung des Reichspräsidenten-Wortes, wonach "jeder deutschen Familie ein vor Wucher- händen geschütztes Heim gesichert werden muss". Vom Reichstag wird die Er- füllung folgender Forderungen verlangt.

1. Ein auf weite Sicht abgestelltes Programm für Wohnungsbau und Sied- lung und Bereitstellung der zur Durchführung erforderlichen öffentlichen Mit- tel;

2. Erlass eines Bodenreformgesetzes, das dafür bürgt, dass für Woh- nungsbau und Siedlung jederzeit billiger Boden zur Verfügungsteht und das deutsche Volk dauernd vor wucherischer Ausbeutung durch die Bodenspekulation geschützt bleibt;

3. ein Belastungssperrgesetz, das den deutschen Grund und Boden vor neu- er Ueberschuldung bewahrt und insbesondere verhindert, dass das Sparkapital in den entschuldeten Althausbesitz abströmt und damit dem konstruktiven Aufbau der deutschen Wirtschaft entzogen wird;

4. Schutz der Mieter vor Kündigung und Mietssteigerung, Senkung der Mieten unter Beseitigung des derzeitigen Missverhältnisses zwischen Einkom- men und Miete.

SPD. Nach "Wirtschaft und Statistik" ist im ersten Halbjahr 1932 der deutsche Wohnungsbau gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in katastro- phalerweise zurückgeblieben. In den Gross- und Mittelstädten (über 10 000 Einwohner) wurden 21 200 Wohnungen fertiggestellt, um 61 % weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei kamen durch Umbau alter Wohnungen diesmal 5 600 Wohnungen hinzu, gegen nur 2 500 in der Vorjahrszeit. Die Zahl der Bau- beginne betrug 14 800, um über die Hälfte 1931. Die Zahl der Bauerlaubnisse ging um 49 % zurück. Die Zahl der Bauanträge sogar um 56 %. Die Einschrän- kung der öffentlichen Baugelder (Hauszinssteuer) erhöhte den Anteil der pri- vaten Auftraggeber gegenüber dem Vorjahr von 37 auf 49 % und senkte den der gemeinnützigen Bauvereinigungen von 57 auf 45 %. In sämtlichen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern wurden nur 27 000 Wohnungen fertiggestellt gegen 65 900 im ersten Halbjahr 1931! Es wurden nur 21 100 Wohnungsbauten begonnen gegen 41 600 und nur 25 800 Bauerlaubnisse erteilt gegen 49 400!

Wieder Preisrückgänge.

(Berliner Getreidebörse vom 15. August)

SPD. Im Gegensatz zum Vortage war die Stimmung an der Berliner Produktenbörse am Montag ausgesprochen flau. Trotz der neuesten Bekanntmachung der Reichsregierung über die Abgabe von Brotgetreide für Futterzwecke konnten sich die Preise nicht halten. Das Angebot war dabei für beide Brotgetreidearten weder gross noch dringlich, jedoch hielt sich die Kauflust in allerengsten Grenzen. Das Mehlgeschäft versagt vollkommen und auch für den Export ergaben sich keine Möglichkeiten, sodass die Nachfrage noch kleiner als das Angebot blieb. Infolgedessen ging der Weizenkurs am Markte der Zeitgeschäfte wie auch am Promptmarkt um 3 Mark zurück, während Roggen am Promptmarkt eine Mark, am handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft ebenfalls 3 Mark verlor. Am Mehlmarkt zeigte sich keine Belebung. Die Kauflust war ausserordentlich gering. Die Forderungen der Mühlen lauteten dabei einstweilen unverändert. Stetig war die Stimmung lediglich für Hafer, dessen Angebot nicht allzu gross war. Nachfrage war in ausreichendem Masse vorhanden, jedoch wurden seitens der Käufer nur gute Qualitäten berücksichtigt.

	<u>13.8.</u>	<u>15.8.</u>
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	208 - 210	204 - 206
Roggen	159 - 161	158 - 160
Futter- und Industrieroggen	158 - 169	158 - 167
Hafer	135 - 144	136 - 145
Weizenmehl	28,00 - 32,00	27,75 - 31,50
Roggenmehl	22,25 - 24,40	22,25 - 24,25
Roggenkleie	9,50 - 9,70	9,40 - 9,60
Weizenkleie	11,10 - 11,40	11,00 - 11,30
<p><u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Sept. $221\frac{1}{2}$ - $220\frac{1}{4}$ ($223\frac{1}{2}$) Okt. $221\frac{1}{2}$ - $220\frac{3}{4}$ ($224\frac{1}{2}$) Dez. $222\frac{1}{4}$ - $221\frac{1}{4}$ (225), Roggen Sept. $170\frac{1}{2}$ - $169\frac{1}{2}$ Okt. 172 - $170\frac{3}{4}$ ($174\frac{1}{2}$), Dez. $173\frac{1}{2}$ - $173\frac{3}{4}$ ($175\frac{1}{2}$), Hafer Sept. 142 - $141\frac{3}{4}$, Okt. -, (144) Dez. bis 145.</p>		

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier: (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 15. August 1932). A. Deutsche Eier: Trink-eier, Sonderklasse über 65 g 8, Kl. A über 60 g 7,50, Kl. B über 53 g 6,75, Kl. C über 48 g 6; Frische Eier Kl. B über 53 g 6,50. Aussortierte kleine und Schmutzeier 5. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 8, 17er 7,50, 15er 6,25 - 16er 6,25 - 6,50, leichtere 5,50 - 5,75, Estländer 17er 7, 15er 6,25 - 16er 6,25, Bulgaren 5,75, Rumänen 5,50 - 5,75, Kleine, Mittel- und Schmutzeier 4,50. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: sehr heiss, Tendenz: fester.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S + P + D

Nr. 62

Berlin, den 15. August 1932

Wir kochen ein.^x

SPD. Das Einkochen ruft bei manchen Hausfrauen auch heute noch eine wahre Revolution im Haushalt hervor. Dutzendweise stehen die von der Mutter oder gar noch der Grossmutter vererbten Gläser und Steintöpfe in Reih und Glied, und sämtliche Familienmitglieder werden mit Bitten oder Gewalt dazu angehalten, zu schälen, zu rühren, einzugliessen, Gläser zuzubinden. Frühstück und Mittagbrot haben sich um Stunden verschoben; alles ist durcheinander; aber die Hausfrau hat nur für eines Sinn: Mit hochroten Backen steht sie am Herde und ist ängstlich darauf bedacht, dass die Kochzeit auf die Sekunde genau eingehalten wird. Denn die ebenfalls von einer Generation auf die andere vererbten Rezepte sind manchmal recht kompliziert, und man muss schon seine fünf Sinne gut zusammennehmen, um die Zutaten genau abzumessen und die Vorschriften nicht zu verwechseln.

Aber es gibt heute doch schon eine ganze Anzahl moderner Einkochrezepte, die sehr einfach und leicht zu behalten sind und ausserdem den grossen Vorzug haben, die heutige Geldknappheit zu berücksichtigen. Nicht jede Hausfrau kann sich heutzutage einen Weckapparat leisten. Viele Frauen kochen deshalb überhaupt nicht ein, sondern greifen zu Konserven. Anders aber ist es, wenn die Familie einen Garten besitzt oder Gelegenheit hat, durch Verwandte oder Freunde sehr billiges Obst zu kaufen. In diesem Falle lohnt sich das Einkochen unbedingt. Aber es gibt auch heute noch viele Hausfrauen, die im Winter nicht nur auf Konservennahrung angewiesen sein möchten und deshalb nach preiswerten und einfachen Kochrezepten suchen, damit das vom Markt gekaufte Obst durch die Zutaten nicht gar so teuer wird.

Was ist überhaupt beim Einkochen von Herbstfrüchten zu beachten? Zunächst müssen die Gläser tadellos sauber sein. Die Steintöpfe müssen mit heissem Sodawasser gesäubert und gründlich nachgespült werden. Das Obst, das zum Einkochen bestimmt ist, muss reif und vollkommen fehlerfrei sein. Druckstellen erzeugen Fäulnisbildung! Hier ist Sparsamkeit am falschen Platz? Hat man billiges, nicht ganz fehlerfreies Obst gekauft, dann verwende man es zum Rohessen oder koche Kompott und Marmelade.

Erprobte und billige Rezepte sind folgende:

Falläpfel mit Holunderbeeren. Die Holunderbeeren werden gewaschen und abgezupft. Dann dreht man sie durch die Presse. Inzwischen hat man die Äpfel gekocht und den Brei in ein Tuch oder einen Fruchtbeutel geschüttet, durch den der Saft hindurchsickert. Es ist zweckmässig, am Abend damit zu beginnen, da das Durchsickern mehrere Stunden lang dauert. Man findet dann Morgens den Apfelsaft fertig vor, schüttet ihn mit dem Saft der Holunderbeeren zusammen und kocht das Ganze in Zucker, bis es geleeartig wird. Auf 500 Gramm Brei werden 300 Gramm Zucker gebraucht.

Kürbis mit Vanille. Die Kürbis wird geschält, geputzt und in viereckige Stücke geschnitten, die man mit Essig übergiesst und etwa 12 Stunden lang stehen lässt. Dann werden auf 500 Gramm Kürbis 500 Gramm Zucker in einem Viertelliter Essig klar gekocht. Die Masse wird gut abgeschäumt, und endlich fügt man etwas Vanille hinzu (eine Viertelschote) und kocht die Kürbisstückchen, bis sie durchsichtig geworden sind. Die Stückchen werden dann heraus-

genommen, und der Saft wird noch- bis er dicklich ist. Die erkalteten Kürbistückchen werden in Wasser gewaschen und mit dem Saft bedeckt.

Preisselbeeren und Mohrrüben: Die Mohrrüben werden in Stückchen geschnitten und in Wasser weich gekocht. Auf ein Viertelliter Wasser braucht man dreiviertel Pfund Zucker, ein Pfund Preisselbeeren und ein Pfund Mohrrüben. Zucker und Beeren werden zugeschüttet und etwa 10 Minuten lang gekocht. Sehr schmackhaft sind auch Preisselbeeren mit Birnen. Für zwei Pfund Preisselbeeren benötigt man ein Pfund feste Birnen, die geschält und in Stücke geschnitten werden. Ein Pfund Zucker wird klar gekocht, die Früchte werden hineingeschüttet und bei mässigem Feuer weich gekocht, ohne dass sie jedoch zerfallen dürfen. Dann nimmt man die Birnen heraus und legt in den zurückgebliebenen Zuckersaft die Preisselbeeren, die man ebenfalls kocht, bis sie weich sind. Dann schüttet man beides zusammen und füllt es in die Gläser.

Ausserordentlich schmackhaft sind auch Hagebutten. Allerdings ist das Säubern der Früchte etwas mühsam. Mit einem weichen, sauberen Tuche werden die Hagebutten abgerieben, von Stiel und Blüte befreit und im Innern sorgfältig von Fasern und Kernen gereinigt. Dann kocht man die Hagebutten in siedendem Wasser halb gar und lässt sie kalt werden. In der Zwischenzeit wird das gleiche Gewicht Zucker klar gekocht. Die Hagebutten werden hinein geschüttet und fertig weich gekocht. Der Saft muss dickflüssig sein.

Preiswert ist ein Gemisch von Prühhirnen und Pflaumen, weil man hierbei keinen Zucker braucht. Die Früchte (ein Drittel Birnen, zwei Drittel Pflaumen) werden durch die Fleischhackmaschine gedreht und dann gekocht, bis die Masse steif geworden ist. (Viel rühren! - Vorsicht, damit die Früchte nicht anbrennen!)

Es ist zu empfehlen, während des Einkochens nicht gleichzeitig etwas auf dem Herde zuzubereiten, was einen starken Geruch ausströmt, also Braten oder Gebäck, weil die Früchte dadurch in ihrem Aroma und damit auch in ihrem Geschmack beeinträchtigt werden. In neuerer Zeit gibt es verschiedene Einkochhilfen im Handel, teils in Päckchen, teils in Flaschen (Opekta), durch die das Einkochen infolge wesentlicher Verkürzung der Kochzeit vereinfacht wird. Grundregel des Einkochens ist es, die Früchte und den Zucker genau abzuwiegen und nicht, wie es manche Hausfrauen mit Vorliebe tun, die Zutaten und Früchte nach Gutdünken abzuschätzen. Bevor die Gläser an einem luftigen, trockenen Raume untergebracht werden, versieht man sie mit Zetteln, die den Namen der Früchte enthalten. Die Gläser müssen von Zeit zu Zeit nachgesehen werden, damit man rechtzeitig Gelegenheit hat, bei etwa erfolglicher Schimmelbildung einzugreifen, den Schimmel zu entfernen und die Früchte, wenn nötig, nochmals aufzukochen. Mit nahezu absoluter Sicherheit aber lässt sich jede Schimmelbildung vermeiden, wenn die Vorschriften genau eingehalten werden.

m.

Ein Kleid für 90 Pfennige...^x

SPD. Seit fast einem Jahre ist sie arbeitslos, die kleine Gertrud; seitdem damals die Firma, bei der sie als Stenotypistin angestellt war, pleite ging, hat sie keinen einzigen Pfennig mehr verdient. "Keine Bedürftigkeit vorliegend, der Vater verdient ja!" hiess es jedesmal, so oft sie um Unterstützung einkam. Ja, der Vater! War es nicht reiner Hohn, zu verlangen, er sollte sie von seinen paar Mark noch mit erhalten? Aber was half das alles, es musste eben gehen. Die Zähne zusammengebissen und heruntergeschluckt, die Misstimmung zu Hause, das Schimpfen und Nörgeln, das Gefühl des Ueberflüssigseins, des Entbehrens an allen Ecken und Enden. - Man muss das selbst

durchgemacht haben, um es richtig verstehen zu können - ein ganzes Jahr lang ohne jeden Pfennig in der Tasche, auch wenn man erst neunzehn ist und niemals grosse Ansprüche gestellt hat, wie Gertrud. Du liebe Güte, wie sollte sie wohl auch, bei den 70 Mark, die sie zuletzt verdient hat?! Kostgeld, Fahrgeld, - schon war das bisschen Gehalt fast ausgegeben. Die paar Mark, die sie dann für sich behielt, erforderten jedesmal schwierige Rechenexempel, um alle Nebenausgaben davon bestreiten zu können.

Immerhin, sie schlug sich durch. Sie konnte doch wenigstens das Notwendigste kaufen, wenn es auch immer gleichzeitig vom Billigsten sein musste; es gab doch hin und wieder eine kleine, bescheidene Freude: einen Hut für ein paar Groschen, ein Kleid aus dem Inventurausverkauf, sehr selten ein Buch... Und vor allem: sie konnte sich Sonntags früh in die Eisenbahn setzen und irgendwohin fahren, wo es keine Häuser gab, graue, finstere Mietskasernen, die an die enge "Stube und Küche=Wohnung" zu Hause erinnerten, keine kühlen, glatten Fassaden mit Goldbuchstaben an breiten Fenstern: "Schmidt & Co., Wallwaren engros", oder: "Michalski & Söhne, Wäsche-Fabrikation"-Namen, bei deren Anblick man gemahnt wurde an brummige Chefs, übelgelaunte Kolleginnen, an der Schreibmaschine durchhetzte Tage... Sie fuhr hinaus, wo es das alles nicht gab, wo sie anderes sah, Helleres, Freudigeres, Besonntes... Etwa Wiesen und Seen und Wald und Gartenlokale voll froh gestimmter Menschen, unter denen sie selbst froh und unbeschwert wurde und ihr Jungsein süß und als etwas Herrliches, Starkes empfand.

Nun, Gertrud hatte sich damit abgefunden, dass es all das seit einem Jahre für sie nicht mehr gab. Woher sollte sie das Geld nehmen, um hinauszu- fahren? Stattdessen ging sie in den Park in der Nähe, einen schwindsüchtigen Rasenfleck mit verkümmerten Bäumen, umrahmt von Häusern, bestellt mir Bänken, auf die man sich setzen konnte, wenn einer der vielen Schicksalsgefährten auf- stand und wegging. Und nach und nach verlernte sie ganz, was es hiess, fröhlich zu sein, hatte auch garnicht mehr die Kraft und den Mut dazu. Sie hatte zu viel mit ihren Sorgen zu tun, drohenden Fragen, die plötzlich von allen Seiten auf sie einstürmten: Dies ist mein letztes Kleid - was dann, wenn es auch zerschlissen ist, wie alle anderen?, oder: die Schuhe müssten schon längst besohlt werden, die Strümpfe sind bald nicht mehr auszubessern; so zerstopft sind sie bereits; die Wäsche ist hin, ist so mürbe, dass sie bei jeder hasti- gen Bewegung zerreisst.

Sie schlug sich durch, die kleine Gertrud, so gut und schlecht es eben ging. Manchmal sich gewaltsam zusammenreissend, langsam immer mehr in Apathie versinkend. Bis sie vor drei Tagen eine ehemalige Schulfreundin traf. Hertha war immer eine liebe Kameradin gewesen; oft hatte Gertrud es bedauert, dass sie sich nach der Schulentlassung aus den Augen verloren hatten. Sie war auch heute noch genau wie damals, fragte, erzählte, bedauerte aufrichtig, als sie von Gertruds Stellungslosigkeit erfuhr, und lud sie zum Schluss herzlich ein, doch am Sonntag auf das Segelboot ihres Bruders mitzukommen, "um einmal wie- der etwas andres zu sehen und fröhlich zu sein!" Sie gab nicht eher Ruhe, bis Gertrud zugesagt hatte. "Aber Wort halten, Trudchen; ich verlass' mich darauf!"

Das war vor drei Tagen, drei endlosen, durchgrübelten Tagen, erfüllt von der einen, immer wiederkehrenden Frage: Was soll ich anziehen? Das Fahrgeld war den Eltern abgebetelt worden, sie sahen, wie ihr Kind sich sehnte, einmal wieder hinauszukommen, sahen den Hunger nach ein bisschen Frohsinn, ein paar Stunden Vergessen, Unbeschwertsein, und gaben das Fahrgeld her, so schwer es ihnen auch fiel.

Aber was half das alles; sie hatte ja kein Kleid, kein einziges halb- wegs-erhaltenes Kleid. Alles war hin, unansehnlich, geflickt. Keine Aende- rungen konnten darüber hinwegtäuschen, dass sie es alle Tage trug, nichts an- dres mehr besass. Jeder der jungen Leute, die auf dem Boote zusammenkamen, würde ihr sofort ansehen, wie es um sie stand, würde sie bemitleiden, viel-

leicht heimlich über sie sprechen...

Nein, nur das nicht! Lieber ging sie nicht hin. Hertha würde zwar enttäuscht sein, und auch sie selbst hatte sich schon so sehr darauf gefreut. Sie schluckte ihre Tränen gewaltsam herunter und lief fort aus der Wohnung, auf die Strasse, um nur nicht allein zu sein. Vor dem grossen Warenhause blieb sie stehen. Bunte Plakate klebten an den Fenstern, Ankündigungen: "Saison-Schlussverkauf zu spottbilligen Preisen!" Ohne es zu wollen, ging sie durch die Tür, liess sich treiben von dem Menschenstrome, der die Gänge erfüllte. Bis sie vor einem Tische plötzlich aufsaß und ungläubig stehen blieb. Dort lagen Kleider, Haufen von Kleidern, über- und durcheinander, helle, dunkle, bunte und darüber stand auf einer Tafel: "Jedes Kleid 90 Pfennige". Mit brennenden Augen stand Gertrud, alles Denken festgebannt auf den einen Punkt: Nur 90 Pfennige... und ich kann mir trotzdem keins kaufen, trotzdem nicht... Sie wurden gegen den Tisch gedrängt; dicht vor ihr hing ein Kleid halb über den Rand. Eine schwindlige Leere war in ihrem Kopfe; etwas drängte sie: Nimm doch! - sie wehrte sich gegen die Versuchung, sah plötzlich einen See, blaues, weites Wasser, ein Segelboot, darin sie selbst mit Andern lachte und fröhlich war - dann verschwand das Bild, und zurück blieb eine unsägliche Enttäuschung und Verzweiflung, aus der heraus sie nach dem Kleide fasste.

Wie im Traume ging alles Folgende an ihr vorüber: die Aufforderung, mitzukommen, die Leibesvisitation, die strenge Verwarnung, die Begleitung an die Tür, der Heimweg. Verstört sass sie zu Hause und war durch nichts zu bewegen, am Sonntag, wie versprochen, hinauszufahren. Erst am Nachmittage, als die Sonne in die Stube schien und die Eltern immer wieder in Gertrud drangen, sie sollte doch sagen, was sie bedrückte, antwortete sie auf einmal scheinbar zusammenhanglos: "Ein Kleid für 90 Pfennige", und fing haltlos zu weinen an, während ihre Eltern ratlos vor ihr standen. -

Walter Schirmeier.

x
Die fünf Phasen des Lebens.

SPD. "Sie kennen sicherlich mein kürzlich bei S. Hirzel in Leipzig in neuer Auflage erschienenenes Buch "Kindheit und Jugend",^x leitet die berühmte Kinderpsychologin Professor Charlotte Bühler, die ich kürzlich in ihrem Wiener Heim aufsuchte, ihr Gespräch mit mir ein, und wissen also, dass ich für die Kindheit fünf verschiedene Entwicklungsphasen herausgefunden habe, die ich kurz als erste Lebensorientierung, als subjektive Phase, als Werkphase, als Konfliktphase und schliesslich als Tagebuch- oder Pubertätsphase charakterisiert habe. Eines Tages kam ich und mit mir mein Arbeitskreis nun auf die Idee, ob die Phasen, die ich so in Kindheit und Jugend auf Grund bestimmter Einstellungen zum Leben herausfand, nicht vielleicht auch im Leben überhaupt wiederkehren, ob der Mensch nicht auch im Ganzen eine Stellung zum Leben einnimmt, die altersbedingt ist und den Phasen der Kindheit entspricht. Auf Grund dieser Ueberlegungen kamen wir dazu, Lebensläufe zu studieren, und haben auch bereits mindestens 100 Biographien untersucht und dabei immer auf objektive Daten, auf Heirat, Kinderaufzucht, Berufsverhalten usw. geachtet, und besonders nach persönlichen Aeusserungen gefahndet, wie sie gesprächsweise oder in Briefen zum Ausdruck kommen. Wir haben all das herausgesucht, was der Betreffende ganz nebenher geäußert hat, wo und wie er scheiterte bzw. mit sich oder der Welt unzufrieden war, und haben untersucht, ob sich nicht wenigstens beim normalen Durchschnittsmenschen auf den verschiedenen Altersstufen charakteristische Verhaltens- und Lebensweisen ergeben, die altersbedingt sind. Da fand ich zu meinem grössten Erstaunen und ganz und gar nicht zu meinem Entzücken - denn ich bin keine Schematikerin - wieder fünf

Phasen, die genau so umrissen und vom Alter abhängig sind wie die Entwicklungsphasen des Kindes.

Meine Behauptung also, dass es im Aufbau des menschlichen Lebens, genau wie für die Kindheit, eine nachweisbare Gesetzlichkeit gibt, gemeinsame Grundtendenzen, wenn Sie so wollen, wird Ihnen weniger absurd erscheinen, wenn ich Sie darauf hinweise, dass die Phasen, die ich herausfand, biologisch bedingt sind. Dass es eine biologische Lebenskurve gibt, ist ja ohnehin zur Genüge bekannt. Jedermann weiss, dass das Leben des Individuums sich biologisch so abspielt, dass ein fortschreitendes Wachstum bis zu einem gewissen Höhepunkte stattfindet, der Mensch sich dann eine Zeitlang auf der erreichten Höhe hält, bis ein Rückbildungsprozess und schliesslich der Tod eintritt. Sehen wir uns nun die Lebensschicksale eines Menschen genau an, so zeigt sich, dass jede Lebensgeschichte in einem engsten kleinen Kreise, zumeist der Familie, beginnt und von dort ausgehend allmählich immer grössere Kreise zieht. Das heranwachsende Individuum lernt neue Menschen, neue Lebensbereiche kennen, betätigt sich in und mit ihnen, schafft sich Raum und Beschäftigung. Diese Ausbreitung des Lebensraumes hat ein natürliches Wachstum bis zu irgend einem Zeitpunkte, von dem an es deutlich anders wird. Legt man ein Musterleben oder ganz einfach ein normales Durchschnittsleben zu Grunde, so entsprechen die psychologischen Phasen ganz genau den biologischen: Zwischen 15 und 25 Jahren, während der junge Mensch noch wächst, ist er auch psychologisch noch unfertig: er ist noch auf der Suche nach irgendwas, will sich noch nicht binden, mag sich nicht entscheiden. Alles ist noch im Flusse, in Vorbereitung; fragt man ihn, ob er sich schon definitiv für einen Beruf entschieden habe, so sagt er nein. Das Affektleben spielt die Hauptrolle. Zwischen 25 und 40 ist der Mensch dagegen fertig, ist körperlich und seelisch im Gleichgewichte, der Affekt spielt zwar auch jetzt noch eine Rolle, aber ebenso wichtig ist Sachliches, ist die Leistung. Es ist der Zeitraum, in dem der Normalmensch heiratete, Kinder zeugt, in seinem Berufe vorwärtskommt, sich einen Kreis schafft und vielleicht eine gesellschaftliche Stellung. Dann kommt jene kritische Phase, wo man körperlich manchmal schon nicht mehr auf der Höhe ist, sportlich auf manchen Gebieten nicht mehr mitkann, körperliche Rückbildungserscheinungen nicht wegzuleugnen sind. Besonders deutlich tritt dies äusserlich bei der Frau als Wechseljahre in Erscheinung; beim Manne ist die körperliche Rückbildung ja weniger sichtbar.

"Vielleicht kennen wir diese kritische Zeit beim Manne nur noch nicht so genau", wende ich ein und erinnere Frau Professor Bühler an die Ausführungen des grossen Klinikers Professor Kraus, der in letzter Zeit wiederholt auf "das gefährliche Alter des Mannes" um 50* hingewiesen hat.

"Nun gut", räumt Frau Bühler ein, "jedenfalls laufen den körperlichen Rückbildungen seelische Krisen genau parallel. - Dann erfolgt oft auf taglichem Hintergrunde, eine Distanzierung, eine Entfernung vom Affekt: Menschen sterben einem weg, im Berufe hat man nicht erreicht, was man wollte, und glaubt nun nicht mehr an einen späten Erfolg. Man erkennt sein endgültiges Versagen, und eine tiefe Resignation bemächtigt sich des an den Ufern des Lebens Gestrandeten. Doch auch bei ihm beobachten wir zumeist eine zwangsläufige Distanzierung vom Gefühlsleben. - Menschen, die nicht das Leben brach, sondern die sich selber brachen, wie Tolstoi in seiner Kohelet-Stimmung auf den Höhen des Lebens: "Alles ist sinnlos". Da gibt es nur eins, das vor Verzweiflung schützt: die Leistung. Bei vielen unserer Grössten fällt die grandiose Steigerung des objektivgegenständlichen Gehaltes in dieser Periode in die Augen, wie z.B. bei Kant. Den krassesten Gegensatz hierzu, den die Geschichte uns liefert, entnehmen wir dem Lebenslaufe des Dandy William Brummel, der zu Byrons Zeiten der tonangebendste Lebemann Englands war, so tonangebend, dass die Geschichte von ihm berichtet, und dessen Leben von dem Moment an in einen Leerlauf einmündet, wo an die Stelle der blossen Funktion und Wirkung das Werk,

die Leistung, hätte treten müssen, an die Stelle des lediglich Bedürfnishaf-
ten Lebensaufgaben und Pflichten.

Als letzte Phase endlich erfolgt die Distanzierung vom Leben (nicht nur
vom Gefühl), die Rückschau auf die verflochtenen Jahre, Vorschauen auf Künfti-
ges, die Zeit der Autobiographien und Memoiren. Es ist die Periode des fort-
schreitenden Abbaus im Körperlichen, - das Altern! Vergleichen wir mit diesen
grossen biologisch-psychologischen Lebensperioden die oben kurz skizzierten
fünf Phasen der Kindheit und Jugend: Orientierung, Subjektivismus, Werkphase,
negative und Konfliktphase, Rückschau auf die Kindheit (Tagebuchphase), so
möchte ich fast sagen: diese Kindheitsphasen scheinen so etwas zu sein wie
ein Entwurf des ganzen Lebens."

Dr. Lily Herzberg.

Eherecht vor 4000 Jahren,^x

SPD. Sehr eingehende Bestimmungen auf dem Gebiete des Eherechts finden
sich schon in dem alten, in Stein gemeisselten Gesetzestexte des babyloni-
schen Königs Hammurabi, der in Susa etwa von 1955 bis 1913 vor Christi Ge-
burt regiert haben soll. Der Stein wurde vor dreissig Jahren aufgefunden
und steht heute im Louvre in Paris. Die Ehe wurde schon damals durch einen
Vertrag geschlossen; wenn keine "vertraglichen Abmachungen" vorlagen, so galt
die Frau nicht als Ehefrau. Zu der Vertragsschliessung gehörte, dass der
"Bürger" eine Verlöbnisgabe, den "Brautpreis", in das Haus des Schwiegervater-
ters bringen liess und dieser sagte: "Meine Tochter gebe ich Dir". Die Ehe
war also eine Kaufehe; die Frau selbst hatte nicht über die Eheschliessung
zu bestimmen. Die eventuelle Rückgabe dieses Kaufpreises spielt dann bei der
Scheidung eine Rolle. Kinderlosigkeit der Frau wird als Scheidungsgrund an-
erkannt. Wenn ein Mann sich wegen Kinderlosigkeit von seiner Frau scheiden
lassen will, so muss er ihr Geld in Höhe des Brautpreises geben und sie für
die Mitgift, die sie mitgebracht hat, entschädigen. Auch die schlechte Haushalts-
führung der Frau gilt als Scheidungsgrund. Wenn die Frau "das Wirtschaftsgeld
beiseite schafft, ihr Hausgerät verstreut" oder selbst davongehen will, so
kann sich der Mann von der Frau nur durch eine Erklärung seinerseits scheiden
und braucht ihr kein Scheidungsgeld zu geben. Wenn die Frau selbst eine Schei-
dung wünscht und dem Manne die eheliche Gemeinschaft verweigert, so wird zu-
nächst untersucht, ob sie dafür einen ausreichenden Grund hat, ob etwa ihr
Gatte "ausser Hause geht und sie allzu sehr erniedrigt hat", wenn dann sie
selbst keine Schuld trifft, so kann sie mit ihrer Mitgift in das Haus ihres
Vaters zurückkehren. Die Versteigerung des ehelichen Verkehrs kleidet nach
dem Gesetzestexte die Frau in die poetische Form: "Nicht wirst Du mich mehr
umfassen".

Vom Ehebruch ist eigentlich nur bei der Frau die Rede. Hier sind die
Strafen sehr streng. Wenn eine Ehefrau bei dem "Zusammenruhen mit einem an-
dern Manne gegriffen wird", so sollen sie beide gebunden und ins Wasser ge-
worfen werden. Der Ehemann hat jedoch das Recht, seiner Frau das Leben zu
schenken. Wird die Frau zwar des Einbruchs angeklagt, aber nicht dabei "ge-
griffen", so kann sie sich durch einen Eid reinigen. Eine Ehefrau durch üble
Nachrede schlecht zu machen, ohne seine Behauptung beweisen zu können, galt
als so schändlich, dass der betreffende Verleumder vor den Richter gebracht
wurde und ihm "die Schläfen geschoren" wurden. Eine Frage, die gerade die
neuzeitliche Dichtung viel beschäftigt hat, die Heirat einer Frau mit einem
andern Manne während einer Verschollenheit des ersten Mannes, das berühmte
"Enoch Arden"-Problem, wird ebenfalls schon im Gesetz geregelt. Wenn nämlich

ein Bürger kriegsgefangen und daheim in seinem Hause nichts zu essen war, so durfte die Frau zu einem andern Manne gehen, musste aber zum ersten zurückkehren, wenn dieser wieder heimkam. Doch die Kinder aus solch zweiter Ehe verblieben dem Vater. Wenn dagegen der erste Mann ein Verräter an seiner Heimat war, "seine Stadt aufgegeben hat", geflohen war, so brauchte die Ehefrau bei seiner Heimkehr nicht zu ihm zurückzukehren, sondern blieb bei dem zweiten Manne.

Seht seltsam ist es, dass auch Ehen mit Priesterinnen geschlossen werden konnten, die weder bei den keuschen Priesterinnen des klassischen Altertums noch bei den katholischen Nonnen zulässig waren. Es gab niedere und höhere Priesterinnen. Die niederen konnten heiraten und Kinder gebären, die höheren wohl heiraten, aber nicht selbst Kinder zeugen, doch mussten sie dem Gatten durch eine andere Frau Kinder verschaffen. Dabei sind noch allerlei einzelne Möglichkeiten vorgesehen.

Endlich ist auch die Frage der Blutschande geregelt. Wenn beispielsweise ein Vater mit der von ihm selbst dem Sohne bestimmten Schwiegertochter den Beischlaf ausübt und dabei "gegriffen" wird, so soll er ins Wasser geworfen werden (ebenso wie die ehebrecherische Frau mit dem Ehebrecher, wie im Beginn erwähnt). Wenn jedoch der Sohn selbst noch nicht mit der Schwiegertochter verkehrt hat, dann hat der Vater nur eine Busse zu zahlen, und sie selbst kann sich "einen Gatten nach ihrem Herzen suchen". Wenn schliesslich ein Sohn nach dem Tode seines Vaters "im Schosse seiner Mutter schläft", dann soll man sie alle beide verbrennen.

Es ist nicht uninteressant diese alten Gesetzesbestimmungen mit unserer Auffassung von heute zu vergleichen. Manche Berührungspunkte sind noch vorhanden.

Henni Lehmann.

Ernste Absichten?^X - Frau Schick bemerkte, dass der junge Herr Quirl mit ihrer Tochter poussierte. Eines Tages ging sie zu dem jungen Herrn Quirl, legte ihren Arm um seine Schulter und sagte: "Mein lieber Herr Quirl, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir sagten, was Ihre Absichten sind." Da machte sich Herr Quirl sanft, aber bestimmt los und erwiderte: "Frau Schick, es ist schon von Anfang an mein Grundsatz gewesen, mich nie mit verheirateten Damen abzugeben. Auf Wiedersehen!"

SPD. Befestigung von Fahrradhandgriffen.^X Gelockerte Handgriffe können dem Radfahrer recht gefährlich werden, besonders im Grosstadtverkehr. Dem Uebel kann recht schnell und einfach durch ein Stück Isolierband abgeholfen werden, das man billig in jeden Elektrogeschäft erhält, da man nur 1 bis 2 Meter Band benötigt. Man wickelt das Band einige Male um die Lenkstange und dreht dann die Griffe darauf. Sie sitzen dann sicher fest, und die Gefahr des Stürzens ist beseitigt.

SPD. Reisen heisst, Treiben und Sichttreibenlassen im rechten Verhältnis zu mischen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 15. August 1932.

Nikita pumpt sich eine Million.*

SPD. Ob diese Geschichte erlogen ist, weiss ich nicht. Wenn ich ehrlich sein will, muss ich gestehen, dass ich meine Hand nicht dafür ins Feuer lege. Doch wie nebensächlich ist das! Ist nicht so ziemlich alles irgendwie erlogen, was uns als Wahrheit eingetrichtert wird? Auf die Musik kommt es an! Und Musik hat die Geschichte in sich; wahrlich, sie klingt nach Donauwellen und Balkanmelodien. Im übrigen, was kann ich weiter tun, als sie zu erzählen, so wie sie mir zu Ohren gekommen ist?

Sitzt da also vor dem Kriege in Montenegro der König Nikita, der wohl so eine Art Eulenspiegel des Balkans gewesen sein mag. Ob er's wirklich war, fragt sich; die Menschen sind oft viel besser oder schlechter als ihr Ruf. Nikita sass in Cetinje; das war seine Hauptstadt. Ein paar Strassen mit niedrigen Häusern, eine Kirche, ein Kloster, ein Gasthof - alles in bescheidenen Ausmassen; und dementsprechend eine Villa, die Königliches Palais hiess, und in der Nikita den Schlaf des Gerechten schlief. Dass es ihm gut ging, dafür sorgten die Bewohner der beiden bisher noch nicht genannten, weil luxuriösesten Bauwerke Cetinjes: der österreichischen und der russischen Gesandtschaft. Die beiden Gesandten hatten von ihren Regierungen die Aufgabe, sich gegenseitig die Butter vom Brote zu stehlen. Diese Butter war Nikitas Wohlwollen. Nikita trieb Realpolitik; er lebte von den kleinen Geschenken, die die Freundschaft erhalten. Bot Russland ein Dutzend Kanonen, so lieferte Wien die Pferde dazu. Nikita akzeptierte. Und fuhr wohl dabei.

Eines Tages hatten die Oesterreicher ihn so weit, dass er der Einbeziehung Montenegros in den K.u.K. Postsparkassenverkehr seine hohe Zustimmung verlieh. In jener schönen Vorkriegszeit nannte man das eine weitere, glückliche Verstärkung der freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern. Natürlich nur in Wien; in Petersburg dachte man anders darüber.

Mit dem Postsparkassenverkehr verhielt es sich so: Sass jemand in Montenegro und wollte Geld nach Oesterreich schicken, so bedurfte es keines Wertbriefs noch einer Postanweisung mehr; man beauftragte die montenegrinische Post mit der Ueberweisung, was diese durch eine einfache Anweisung nach Wien bewerkstelligte. Umgekehrt ebenso, Von Zeit zu Zeit würde man abrechnen.

Am Schlusse des ersten Jahres rechnete man ab, und siehe da: es war so gut wie kein Umsatz festzustellen! Die Montenegriner, die Schulden hatten, zahlten ohnehin nicht; und die Oesterreicher liessen es bleiben, da sie sich mit den Aussenhandlungsmöglichkeiten Montenegros erst garnicht befassten. So dass die neuzeitliche Einrichtung einstweilen noch weniger als nichts, nämlich nur eine politisch-moralische Eroberung bedeutete.

Dabei blieb es jahrelang. Da brauchte Nikita eines Tages dringend eine Million Kronen und hatte sie nicht. In Montenegro suchte er nicht weiter; das war aussichtslos. Also Petersburg oder Wien. Das Unglück wollte, dass er Petersburg erst kurz vorher empfindlich angepumpt und zu diesem Zwecke vor der ganzen europäischen Oeffentlichkeit sehr süsse Blicke nach der Newa geworfen hatte. Ob Wien wollen würde? "Versuchen", sagte er sich, "immer versuchen!"

Kaiser Franz Josef holte ihn in einer verwegenen montenegrinischen Uni-

form in Wien vom Bahnhof ab. Aber Geld gab er nicht. Er verwies ihn an die Minister. Und die beriefen sich auf eine Versteifung der Börse. "Recht gern später einmal", meinten sie. "Und dann: Schau, Nikita, der Draht von Cetinje nach Petersburg kommt uns in letzter Zeit so gesprächig vor; das müsste auf alle Fälle anders werden, bevor wir..."

Nikita schnauzte seine Umgebung an, und alles dachte angestrengt über die grosse Frage nach: Wie kriegt unser gnädigster Herr sofort eine Million Kronen?

Bis endlich einer den glänzenden Einfall hatte. Wozu gab es die Postsparkassen-Konvention? Wozu, in Teufelsnamen, war das Ding nütze? Achtung: Nikita liess von der montenegrinischen Postverwaltung eine Zahlungsanweisung über eine Million Kronen ausstellen, und sein Adjutant präsentierte sie bei der Postsparkasse in Wien.

Wie, Sie meinen, das ginge nicht? Aber warum nicht? Die Konvention war da, die Unterschriften stimmten - Nikita bekam sein Geld!

Als am Jahresschlusse verrechnet werden sollte, bedauerte man in Cetinje sehr, nicht zahlen zu können. Man wolle recht gern, aber es sei kein Heller in der Kasse...

Sie meinen, Oesterreich hätte Truppen einrücken lassen können? Ach, mein Herr, da kennen Sie die Vorkriegszeit schlecht! Es hätte ein Geheul gegeben in ganz Europa! Und durfte Wien den Russen erlauben, Nikita endgültig zu kapern? Auf keinen Fall! Niemand wusste das besser als Nikita. Und was sind schliesslich im Spiel der hohen Diplomatie eine Million Kronen, mögen es hundertmal echte goldene Friedenskronen gewesen sein? Geschäftskosten!

Sehen Sie, so behielt Nikita die Million Kronen, indem er einfach nichts weiter tat, als so zu tun, als wüsste er von nichts...

Harro Essingh.

Der Stellvertreter des Portiers.^x

Von Pierre Billotey.

SPD. Neulich Abend sprachen wir von dem berühmten Victor Logerat, der so oft Minister war und erst vor ein paar Jahren starb. Der Name Logerat erweckt in jedem eine Unmenge Erinnerungen, einmal ernsthafter, politischer, dann wieder harmloser, heiterer Art. Vor allem die letztgenannten fallen einem ein, wenn einer "Victor Logerat" sagt. Deshalb waren wir nicht weiter erstaunt, als Freund Noreau begann: "Ich weiss eine feine Sache von Logerat."

"Jeder kennt etwas von Logerat," antwortete einer. "Leider meist die gleiche Geschichte."

"Erzähl' nur!" ermunterte ich Noreau. "Wenn wir sie schon kennen, werden wir dich nicht ausreden lassen."

Unser Freund begann grossartig wie eine Festrede:

"Von Victor Logerat kann man sagen, was man will. Man kann seine Handlungen so oder so beurteilen. Zum mindesten war er ein verdienstvoller Mann von schöner, hoher Intelligenz. Doch man muss ihm anrechnen: keiner war weniger stolz darauf als er. Er war die Bescheidenheit, die Einfachheit in Person -, wie es auch die folgende Anekdote beweist:

Logerat war wieder einmal - ich weiss nicht, in welchem Kabinett - Minister geworden, als er eines Abends übermässig lange in seinem Büro festgehalten wurde. Beim Fortgehen fiel ihm unten auf der Torschwelle ein, dass er einige Akten hatte mitnehmen wollen, sie jedoch auf dem Tische seines Vorzimmers hatten liegen lassen. Er kratzte sich den Kopf. Unangenehm! umkehren, noch einmal alle Treppen hinauf... Doch die Akten musste er haben!

Da entdeckte der Minister vor der Portierloge einen uniformierten Mann rittlings auf einem Stuhle hocken und mit grossartiger Geste seine Zigarre rauchen. Victor Logerat winkte dem Diener. Der wollte nichts bemerken. Dieser Mann war nicht der richtige Portier. Er war nur sein Stellvertreter, während jener in der Kantine sein Abendessen einnahm. Doch dieser Stellvertreter war ein stolzer Mann, erfüllt von der Wichtigkeit seiner Aushilfsrolle. "Hallo!" rief der Minister ihn an. Nun bequeme sich der würdevolle Raucher, den Kopf ein wenig zu heben. Missfällig mass er diesen uneleganten Mann, den Logerat vorstellte: Er gab ja, wie bekannt, nicht viel auf sein Aeusseres. Darum antwortete der stellvertretende Hauswart kurz, indem er die Pfeife aus dem Munde zog: "Was wollen Sie denn?"

"Lieber Freund", gab Logerat zur Antwort, "ich muss Sie um eine Gefälligkeit bitten." Er trat näher.

"Was gibt's?"

"Sie müssen mir ein Paket holen, das ich oben auf dem Tische liegen gelassen habe."

"Bin ich Ihr Diener?" fauchte der Andere den Minister an.

"Natürlich nicht", antwortete der sanft und hielt dem Raucher eine grosse Münze hin.

Der Mann sprang hoch. Doch dann besann er sich: "Unmöglich! Ich habe versprochen, hier aufzupassen. Ich darf nicht fort..." In plötzlicher Erleuchtung fuhr er fort: "Es ginge... Wenn Sie mich so lange vertreten!"

"Schön," willigte der Minister lächelnd ein.

"Wissen Sie Bescheid?" forschte der Andere. "Sie erkundigen sich nicht einmal, wo die Schnur zum Öffnen der Haustür ist. Hier, sehen Sie?" Und fragen Sie ja jeden Besucher, was er zu so später Stunde noch will! Die Fortgehenden brauchen Sie nicht anzuhalten: Das sind Beamte wie Sie, die sich verspätet haben. Verstanden?"

"Vollkommen", nickte Logerat. "Sie können sich auf mich verlassen."

Der Stellvertreters des Portiers ging, um seinen Auftrag zu erfüllen. Kaum war er fort, da klingelte es schon. Der Minister zog an seiner Schnur. Der Briefträger kam, schüttelte ihm die Hand und fragte gemütlich: "Sie sind also der neue Portier?"

"O nein", antwortete der Minister in seinem gewöhnlichen bescheidenen Ton, "ich bin nur sein Vertreter."

"Armer Kerl! Du scheinst froh zu sein, mal etwas zu tun zu haben! Und nun ist's auch nur vorübergehend," sagte der Briefträger verständnisvoll und klopfte ihm auf die Schulter. "Heutzutage ist's schwer, Arbeit zu kriegen."

Es war damals eben auch schon eine schwere Zeit. Aber der Minister antwortete: "Na, es geht schon..."

Der Briefträger winkte ihm - nicht überzeugt - mitleidig zu und ging.

Es kam noch ein Schwager des richtigen Portiers - der Minister verwies ihn in die Kantine -, der ihm eine Zigarre anbot. Es kam die Reinemachefrau, die ein paar eben besorgten Besen für morgen früh in der Loge abstellte und zu ihren Kindern forthastete.

Der erste Stellvertreter des Portiers - - kam nicht zurück. Er trug die Akten schon unterm Arm. Aber auf der Treppe zwischen dem dritten und zweiten Stock traf er einen Landsmann, einen unteren Beamten, der gerade heute früh einen Brief aus der Heimat bekommen hatte. Da gab's was zu erzählen! Man kann sich vorstellen, wie die Unterhaltung sich aufrollte, entwickelte, in die Länge zog...

Victor Logerat in seiner Portierloge wurde unruhig. Er hatte für diesen Abend eine Einladung bei einem Senator zum Abendessen angenommen. Eine zahlreiche, glänzende Gesellschaft sollte sich dort versammeln. Ja, der Senator war schon nervös! Alle Gäste waren da, nur, natürlich, der Minister fehlte!

"Was mag er treiben?" fragte sich der ängstliche Gastgeber. "Irgendain Schwätzer wird sich ihm da aufgehängt haben! Ich kenne Logerat. Der hört sich sowas bis zu Ende an. Und bleibt bis morgen dabei, wenn ich ihn jetzt nicht erlöse." Daraufhin machte der Senator sich tatkräftig auf, Victor Logerat zu holen. Trotz später Stunde brauchte er sich nie beim Minister melden zu lassen. Doch heute musste er an der Portierloge haltmachen: Da sass auf dem Platze des Türöffners sein grosser Gast, der berühmte Minister! Als der Senator seine Stimme wiedergefunden hatte und loslegen wollte... siehe! da erschien der erste, der wahre Stellvertreter des Portiers. In sichtlichem Wut warf er die Akten, die er im Arme schleppte, zu Boden, pflanzte sich vor dem Minister auf und schrie mit erhobener Faust: "Idiot! So arbeitest du? Sieh dir mal die offene Tür an! Hier kann ja jeder herein-spazieren... Wenn das der Minister erfährt, sitzen wir beide in der Tinte! Ab mit dir, du Nichtsnutz! Fünf Minuten eine Portierloge hüten? Nicht einmal das kann man von dir verlangen."

Berechtigte Uebersetzung von Ursel Ellen Jacoby)

Brand in Santander. X

SPD. Santander, die Stadt mit dem zweitschönsten Strande Spaniens, einst der Lieblingsaufenthalt des früheren Königs von Spanien und der Sammelpunkt der spanischen eleganten Welt, die Stadt, die, wie manche zu glauben vorgeben, niemals aufgehört hat, den König zu beweinen, eben diese Stadt war es, die als erste durch Gewalttaten auf den Versuch der spanischen antirepublikanischen Generäle, die Macht an sich zu reissen, geantwortet hat. Seit der Begründung der spanischen Republik ist Santander, der einst von intensivstem Leben beherrschte mondäne Badeort zum Range einer Ortschaft zweiten Grades herabgesunken. Die Badegäste sind mittlere Spanier und Ausländer, die der niedrige Stand der Peseta oder ein für Engländer organisierter Sommerkursus der spanischen Sprache heranlockt. Aber seit den Tagen der glorreichen Königsepoche hat sich in Santander auch innerlich viel verändert. Vereint mit ganz Spanien in einer ehrlichen Liebe zur Republik, war es deshalb der Bevölkerung Santanders eine Selbstverständlichkeit, sofort, als die Vorgänge in Madrid und Sevilla bekannt wurden, ihre republikanische Treue durch einen Umzug zum Ausdruck zu bringen. Der etwas vorsichtige Gouvernator schwankte zwar anfänglich, liess sich jedoch zur Genehmigung überreden, -- als plötzlich am rужigen abendlichen Himmel von Santander der erste Feuer-schein zu sehen war. Der Yachtklub brannte. Welch ein Schauspiel! Dieses weisse, lichte, lustige, anziehende Gebäude, dieser Stolz des Königs Alphons XIII, der stets hierherkam, um die vornehmen Gäste der Regatta New York-Santander zu empfangen, dieses kleine Kunstwerk ganz aus Holz brannte lichterloh und beschien wie eine grosse leuchtende Fackel den Himmel, die Stadt und das Meer mit seinen vielen Kähnen und Schiffen. Der Gouvernator war längst vergessen; die Menge lief, jede andere Manifestation vergessend, dorthin, wo sich der Wille des Volkes von Santander so unzweideutig geäussert hatte. Die wundervolle Allee, die zu den schönsten Strassen Europas gehört, mit ihren vielen vornehmen Kaffeehäusern, Hotels, Banken, war in einigen Minuten ganz dicht bevölkert. Ich sah in der Menge Männer und Frauen aller Stände, und Kinder jeden Alters wimmelten nur so herum. Die Menge war ruhig und friedlich; es schien, als ob sie gekommen wäre, um einer grossen Illumination beizuwohnen. Nichts störte die Harmonie der Stunde, kein gemeines Wort, keine Greuseltat.

Nun nahte die Feuerwehr. Langsam und würdevoll. Dennoch begegnete man

ihre mit den Rufen: "Langsamer, ihr Freunde, langsamer!" Wie konnten sie aber noch langsamer fahren? Wie konnten sie vor allen Dingen überhaupt ihre Aufgabe erfüllen? Die Menge umdrängte sie, die Menge hinderte sie; sie waren ausserstande, irgend etwas zu unternehmen, und es wäre wohl auch alles vergeblich gewesen. Der Klub brannte lichterloh, fröhlich und schnell. Die Feuerwehrleute blieben also da, schauten zu, interessiert, neugierig, überflüssig.

Und die Polizei? Die liess sich lieber garnicht sehen. Wie in jenen Tagen, in denen das Volk von Spanien der Kirche eine Mahnung gab, indem es die Kirchen und die Klöster niederbrannte und von niemandem dabei gestört wurde, so schien es jetzt, als hätte es in der schönen Stadt Santander niemals eine polizeiliche Gewalt gegeben.

Als der Yachtklub erledigt war - und das dauerte kaum eine Stunde - verzog sich die Menge weiter. Das Ziel war vorgezeichnet. Es gab ja noch einige ähnliche Institutionen in Santander, den Klub der Traditionalisten zum Beispiel und ähnliche mehr. Ihre Gebäude sind aber nicht aus Holz; sie umfassen Stockwerke grosser steinerner Häuser in der Mitte der Stadt. Diese Häuser wurden also nicht angezündet; man half sich auf andere Weise. Man drang in die Klubs ein und - was sehr charakteristisch ist - komplimentierte erst die darin befindlichen Herren heraus, um dann an ein gründliches Zerstörungswerk zu gehen. Alles, was so ein vornehmer Klub besitzt an Möbeln, Büchern, Inneneinrichtung, Zierwerk, flog auf die Strasse, wo bald ein grosses Feuer lustig brannte. Da diese Operation etwas lange dauerte, sah sich die Polizei denn doch zum Einschreiten verpflichtet, und es wurden einige Leute bei dieser Intervention verwundet. Aber der ernste Zwischenfall fand anders statt: ein Mann erlaubte sich, die republikanische Regierung anzugreifen; er wurde von der Menge bedrängt, bedroht; die Polizei suchte ihn zu retten, indem sie ihn verhaftete; man warf Steine nach dem Aristokraten und den Rettern, und ein Arbeiter wurde dabei getötet. Die tragische Note fehlte also nicht.

Bis spät in die Nacht hinein herrschte grosses Leben auf den Strassen von Santander, und langsam verebbte es erst, als der Hunger und der Schlaf die Teilnehmer nach Hause trieben.

Heute herrschte wieder Ruhe in der Hafenstadt. Nur Kinder suchen noch im Schutthaufen das einzig Uebriggebliebene: die eisernen Nägel...

So hat Santander, die einst königliche Stadt, geantwortet, als die Feinde der Republik den schnell unterdrückten Versuch machten, die Vergangenheit zurückzurufen. Santander ist eine Stadt der Zukunft und will mit ganz Spanien vorwärts und nicht zurück....

Sophie Kramstyk.

Die romantischste Gasse der Welt.^x

SPD. Man klettert mit etwas gemischten Gefühlen die etwa 200 Stiegen zum Hradschin hinauf: nun wird man bald die mystischste und romantischste Strasse der Welt erblicken, die Prager zlata ulice, das "Goldene Gassl", die wunderliche Sackgasse der mittelalterlichen Alchimisten und Magier, weisen Rabbis und Scharlatane, deren geheimnisvolles Tun und Treiben noch heute in Dunkel gehüllt ist. Sie liegt nicht weit vom Hradschin, dem königlichen Schloss: man merkt gleich den Zusammenhang - die Goldmacher standen im Dienste des Kaisers Rudolf II., immer vor seinen Augen, immer in Gefahr, von der Daliborka, dem Büssertum, der am Eingang der Goldenen Strasse noch heute unversehrt Wache hält und einen Ausblick auf die weissen Knochenreste

der hier Verendeten gewährt, in die Tiefe geworfen zu werden.

Vier Meter breit, fünfzig lang - die ganze Gasse besteht aus 13 Häuschen. Man wundert sich, wo hier in diesem Gässchen so viel Ruhm und Romantik Platz finden. Holprige, knöchelbrecherische Pflastersteine. Die Häuschen mannshoch. In den Fenstern Pelargonien. In jedem Hause höchstens zwei kleine Räume, mit dem Stockwerk zusammen, wo eine enge Treppe hinaufführt. Arme, sehr arme Leute wohnen darin. Wo waren denn hier die berühmten Alchimistenküchen? Wo lebte der Rbbi Löw, der den Golem ins Leben rief? - Die Einwohner des "Goldenen Gassl" haben ihre zurechtgelegten Antworten. Leben sie doch fast alle vom Fremdenverkehr. Zeigen vermeintliche Spuren, Stellen mysteriöser Begebenheiten, Stuben, Kellerräume, wo sich die Hexenküchen angeblich befanden. Verkaufen Ansichtskarten.

Von Morgens bis Abends finden Führungen statt. Schulklassen, ganze Schulen pilgern hinauf, damit man den Kindern die Geschichte der Goldenen Gasse ins Gedächtnis prägt. Kolonnen von Gesellschaftsreisenden finden sich unter Leitung eines Fremdenführers ein und lassen sich das Wissenswerte erzählen: Dass Kaiser Rudolf II., der den Stein der Weisen und die Quadratur des Kreises suchte, auch auf die Goldmacherkunst schwor. Misstrauisch von Natur, hat er seine Goldmacher in diesem Gässchen gefangen gehalten: jeder der Charlatane bekam solch ein Puppenhaus als Wohnung und Experimentierraum zugewiesen, und alle standen unter strenger Bewachung, denn Tag und Nacht schritt ein Landsknecht mit geschulterter Hellebarde durch das sonderbare Gässchen. Es waren dreizehn dieser mittelalterliche Abenteuerer mit langen Assyrerbärten, die in diesem goldenen Käfig lebten. Eines Tages empörten sie sich jedoch. Sie zerschmetterten Hexenkessel und Glasretorten und warfen die kostbaren Chemikalien zornig durch die vergitterten Fenster in den Hirschgraben. Sie waren der strengen Bewachung überdrüssig, sie wollten endlich an die frische Luft. Als dies trotz ihrer Rebellion nicht zugelassen wurde, liegerten sie kein einziges Goldkörnchen mehr in die Hofkammer. Da setzten die Erpresser ihren Willen durch. Man führte die Goldmacher in den Hirschgraben und hängte sie in eisernen Käfigen in die Tannen, damit sie die Luft in vollen Zügen geniessen konnten. Dort vergass man sie allerdings, bis die armen Käuze elendiglich verhungerten.

Jedes Fremden Romantikdurst wird mit dieser Geschichte reichlich gestillt. Dienst am Kunden. Für alle Bedürfnisse der Besucher wird weitgehendst gesorgt. Auch die Wahrsagerin fehlt nicht: hier in diesem historisch-romantischen Milieu lebt die Prager Madame de Thebe, die trotz ihres bürgerlichen simplen Namens Mathilde Pruchovna eine gewisse Autorität genießt. Mit ihrer enormen Körperfülle, in die zumindest 3 bis 4 magere, kleine Alchimisten hineingepasst hätten, gehört sie zu den grössten Sehenswürdigkeiten des Goldenen Gassl, wo ausser ihr alles so schmal, winzig und zart wie ein Hauch ist, so sonderbar und unwahrscheinlich, dass es, wenn es keine blosse Attrappe ist, nur im Baukasten der Geschichte hat entstehen können.

osi.

Abenteuer in Nordt Tibet. X

SPD. Eine aufsehenerregende Mitteilung kommt von einem der Mitarbeiter von Sven Hedins grosser Zentral-Asien-Expedition, die in verschiedene weit getrennte Forschungsgruppen zerfällt. Die von den beiden schwedischen Gelehrten Dr. Nils Ambolt und Dr. Erik Norin geleitete Abteilung hatte eine Forschungsreise nach Nordwestt Tibet angetreten, um dort bisher völlig unbekanntes Gebiet zu untersuchen. Dr. Norin drang über den Karatagh-Pass und den Aksai-

tschin zum Karakorum vor, wo er mit Dr. Nils Ambolt zusammentraf. Einen Teil des Weges legten die Karawanen beider Forscher gemeinsam zurück. Am 9. Mai trennten sie sich wieder. Dr. Norin durchzog zunächst eine bereits von früheren Expeditionen Sven Hedins her bekannte Strecke. Danach erreichte die Karawane gänzlich unerforschte Landstriche. Die Reise, die vorderhand in Ustuntagh endete, gestaltete sich ausserordentlich schwierig. Dr. Norin hatte schliesslich das Missgeschick, seine ganze Karawane zu verlieren. Ausser den wissenschaftlichen Ergebnissen dieser Expedition und dem nackten Leben der Teilnehmer ist alles verloren.

Sven Hedin selbst hat zu dieser wichtigen Mitteilung seiner Expedition geäussert, es wundere ihn nicht, dass die Reisebedingungen in diesem unbekanntem und sehr unwirtschaftlichen Lande sich notwendig sehr gefährlich gestalten mussten. Er glaube jedoch, dass Dr. Norin trotz dieses Unglücks bereits neue Pläne für die Erforschung Nordtibets gefasst habe, da er um neue Unterstützung und Post zur schwedischen Mission nach Kaschgar bitte.

Auch von Dr. Ambolt, der sich gleichfalls un Nordtibet befindet, hat Sven Hedin eine Mitteilung erhalten. Ambolt hat seine Reise ostwärts in Richtung Termilik angetreten und unerforschte Gebiete im Kan-lun Gebirge kartographisch aufgenommen. Erst Ende November wird Ambolt in Peking bei Sven Hedin eintreffen können, falls nicht noch unvorhergesehene Ereignisse eintreten, denn Dr. Ambolt will noch von Termilik aus, einem südlich des Lop-nor-Sees gelegenen Orte, die grossen Wüstengebiete Zentralasiens durchqueren. Sven Hedin glaubt, von den beiden Expeditionen sehr wertvolle Forschungsergebnisse erwarten zu dürfen.

Die Heirat des Herrn Stäudl. ^x

Kriminalnovelle von Ferdinand von Saar.

2. Fortsetzung.

II.

"Ja, wie das gekommen ist" - sagte Herr Stäudl, ohne sich zu regen. "Das ist so gekommen. Der Herr Ritter von Artner hatte einen Bedienten, der bei ihm und seiner Familie sehr in Gunst stand. Er verdiente es auch, denn er war ein braver Mensch, willig und unermülich - ein Böhme von Geburt. Er hiess Thomas. Da er, wie gesagt, sehr in Gnaden stand, so war ihm gestattet worden, ein Mädchen zu heiraten, in das er sich verliebt hatte. Auch eine Böhmin. Ins Haus aber durfte er sie nicht nehmen, sondern es wurde für sie in der Nähe der Villa, wo die Herrschaft sich aufhielt, eine Wohnung genommen. Dort gebar sie in den nächsten Jahren zwei Kinder, einen Knaben und ein Mädchen. Man nannte sie nach ihrem Manne die Thomasin. Sie galt als hübsches Weib und stand insofern auch im Dienste der Herrschaft, als sie bei der Wäsche und sonstigen Verrichtungen mithalf. Ich selbst kannte sie kaum. Ich hielt mich ja fast den ganzen Tag in den Gärten auf, und wenn ich ihr je einmal begegnete, so blickte ich - wie überhaupt bei meiner Grösse über alle Weiber - auch über sie hinweg, denn die Freude machte ich keiner, mich zu bücken, um ihr unter das Kopftuch oder unter den Hut zu schauen. Kurz, ich wusste eigentlich gar nicht, wie sie aussah.

Da geschah es, dass ihr Mann starb. Er hatte sich, wie es hiess, durch einen kalten Trunk, den er erhitzt getan, ein Lungenübel zugezogen, das ihm den Garaus machte. Nun hatte die Herrschaft die Witwe auf dem Halse. Sie erhielt Pension und überdies freie Wohnung in einem kleinen, ausser Gebrauch befindlichen Maschinenhaus, wo früher Wasser aus der Donau heraufgepumpt wurde, und das in einem der unteren Gartenteile lag. Als ich davon

In Kenntnis gesetzt wurde, erlaubte ich mir Einsprache zu tun. Denn gerade um das Häuschen herum lagen meine feinsten Obstkulturen, denen zwei übel gehütete Rangen grossen Schaden tun konnten; auch war ja der ganze Blumenflor vor solchen Grasteufeln nicht sicher. Aber der Herr Ritter von Arthner, dem das Weib höchstwahrscheinlich den Aufenthalt in dem Häuschen abgeteilt hatte, bestand auf seiner Anordnung. Wenn ich merkte, sagte er, dass die Kinder etwas verwüsten, so möchte ich es nur melden, er würde dann schon Abhilfe zu treffen wissen. Da konnte ich denn nichts mehr einwenden, dachte aber bei mir: den Aufpasser und Ankläger mach' ich nicht; ich werde schon selbst Vorsorge treffen. Beschloss also, mit der Thomasin, sobald sie eingezogen war, ein Wort zu reden. Als ich sie - es war an einem schönen Maiorgen - aufsuchte, stand sie mit ihren Kindern gerade vor der Tür. Ich trat auf sie zu, und zwar mit sehr strenger Miene, so dass sich, wie ich bemerken konnte, die Kinder gleich vor mir zu fürchten anfangen, was ich gerade bezwecken wollte. Frau Thomasin, begann ich ohne jede weitere Begrüssung, Sie haben von der Herrschaft hier Wohnung erhalten. Gut. Aber sie liegt in den Gärten, und für diese bin ich verantwortlich. Ich verbiete also Ihnen und den Kindern, irgend etwas anzurühren. Weder Blumen noch Früchte. Auch kein Fallobst, denn selbst dieses wird aufgelesen und in Rechnung gestellt. Wenn Sie Gemüse oder sonstiges benötigen, so haben Sie sich an den ersten Gehilfen zu wenden, der es Ihnen zum billigsten Preise ablassen wird. Hoffentlich haben Sie mich verstanden, und ich mache Sie daher auch für die Kinder verantwortlich.

Das Weib war bei dem ganz verduzt dagestanden und hatte mich mit halb offenem Munde angestarrt, Jetzt sagte sie in singendem Böhmischo-Deutsch: Aber Jesus! Was glauben S' denn, Herr Stäudl? Wer'n mir was anrühr'n? Bitt' ich Ihne! Könn't uns einfall'n so was! Meine Kinderle sind brav. Schauen Sie's nur an, sind ja liebe Kinderle!

Hab' sie schon gesehen, sagte ich und blickte weg. Das tat ich aber eigentlich nur, um die Thomasin nicht länger anschauen zu müssen. Denn die war wirklich ein hübsches Weib. So gegen die Dreissig. Nicht gar gross, aber auch nicht klein. Voll, aber doch schlank. Und eine Haut hatte sie, milchweiss. Und braune Haare, die in der Sonne wie Gold glänzten; auch die Augen, die vonderselben Farbe waren. Es war Zeit, dass ich ging, und so wendete ich mich mit einem kurzen barschen Gruss. Sie aber suchte mich beim Arm festzuhalten, indem sie sagte: Sein S' doch nit so bö, Herr Stäudl! Mir wer'n Ihne kan Verdruss machen. Wer'n S' seh'n, mir wer'n ganz gut auskommen mit einand'. Und dabei lächelte sie mit einem ganz eigenen Zug um den Mund, der rot war wie eine Granatblüte. Natürlich riss ich mich gleich los; aber meine Hand war zufällig mit der ihren in Berührung geraten, und da fühlte ich, wie es mir heiss durch den Arm hinauf ging bis in die Brust. Eine ähnliche Empfindung hatte ich gehabt, als ich einmal ganz zufällig an das Atlaskleid einer jungen Dame streifte, die unsere Treibhäuser besichtigte. Die Hand der Thomasin war, trotz aller harten Arbeit, die sie verrichtete, glatt und knisterig wie der Atlas an jenem Damenkleide. Ich konnte dieses Gefühl den ganzen Tag nicht aus dem Leib bringen. Dabei schwebte mir das Weib und ihre milchweisse Haut beständig vor Augen. Auch in der nächsten Zeit, bis ich endlich über mich selbst wild wurde und mir alle diese Phantasien gewaltadam aus dem Sinn schlug. So hatt' ich's auch untergekriegt. Aber dem Maschinenhause wich ich immer in weitem Bogen aus, ich fühlte, dass mir dort Gefahr drohe. Die Thomasin jedoch schien es darauf anzulegen, mir in den Wurf zu kommen. Denn sie begegnete mir manchmal da oder dort, wo sie nicht zu vermuten war. Dabei wollte sie immer, unterwürfig grüssend, mit dem gewissen Lächeln ein Gespräch anknüpfen. Ich aber erwiderte kein Wort und ging ohne Gruss an ihr vorüber, obgleich es mir bei ihrem Anblick immer einen Riss gab.

Fortsetzung folgt.